

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG)

A) Problem

- Die Staatsregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die bislang in zahlreichen getrennten Stammnormen vorhandenen Vorschriften zur Ausführung der Gesetze im Bereich des Sozialrechts in ein einheitliches Gesetz zusammen zu führen.

Die Zusammenführung dient der Deregulierung, indem die Zahl der geltenden Stammnormen und damit die Zahl der Eintragungen in der Bayerischen Rechtssammlung weiter verringert sowie der Normbestand insgesamt weiter zurückgeführt wird. Dadurch verbessert sich zugleich die Qualität des Landesrechts durch bessere Lesbarkeit und Überschaubarkeit für den Rechtsanwender.

- Zugleich sollen die Ausführungsvorschriften zum Elften Buch (XI) Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung (bisher Gesetz zur Ausführung des Elften Buchs (XI) Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung - AGPfleVG) geändert werden. Der Freistaat hat sich in der Vergangenheit mit hohem finanziellem Engagement für einen bedarfsgerechten Ausbau der Einrichtungen der Altenhilfe eingesetzt.

Im stationären Bereich wurden seit 1962 insgesamt 1,34 Milliarden Euro aus Mitteln des Landesaltenplanes und der Sozialen Wohnraumförderung aufgewendet. Seit 1962 konnten durch Neu- und Umbaumaßnahmen 77.000 vollstationäre Pflegeplätze geschaffen werden. In den Jahren 1991 bis 2005 wurden für die Schaffung von 1.400 Tagespflegeplätzen Haushaltsmittel des Freistaates in Höhe von rund 13,8 Millionen Euro und für 1.500 Kurzzeitpflegeplätze rund 23 Millionen Euro aufgewendet. Derzeit ist der Bedarf an Pflegeplätzen in Bayern im Durchschnitt gedeckt. Der Freistaat ist aufgrund der angespannten Haushaltslage gezwungen, Einsparungen vorzunehmen. Davon kann auch der Bereich der Altenhilfe nicht ausgenommen werden.

Im ambulanten Bereich hat der Freistaat bis zur Einführung der Pflegeversicherung über 150 Millionen Euro an Fördergeldern ausgereicht. Seit Geltung des AGPfleVG sind die Kommunen zur Förderung von bedarfsgerechten ambulanten Pflegeeinrichtungen verpflichtet. Bayern verfügt aktuell mit rund 1.600 ambulanten sozialpflegerischen Diensten über ein flächendeckendes Netz in der ambulanten Versorgung.

- Weiterhin soll das Finanzierungssystem des Maßregelvollzugs im Freistaat reformiert werden. Der Maßregelvollzug im Freistaat ist gemäß Art. 23 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches – AGSGB – (künftig Art. 95 Abs. 1 AGSG) den bayerischen Bezirken übertragen. Die Finanzierung des Maßregelvollzugs erfolgt bislang gemäß Art. 23 Abs. 4 AGSGB (künftig Art. 95 Abs. 4 AGSG) durch nachträgliche Kostenerstattung durch den Staat. Dieses System der Finanzierung ist nicht mehr zeitgemäß und fördert zudem das Kostenbewusstsein aller Beteiligten nur unzureichend. Die Bezirke als Aufgabenträger bemängeln außerdem die mangelnde Flexibilität des heutigen Finanzierungssystems.

Mit Beschluss vom 17. März 2004 (LT-Drs. 15/648) hat deshalb der Bayerische Landtag die Staatsregierung ersucht, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die rechtlichen Voraussetzungen für eine Budgetierung der Unterbringungskosten psychisch kranker Straftäter schafft.

B) Lösung

- Das Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuchs wird mit zahlreichen weiteren Gesetzen im Bereich des Sozialrechts in ein einheitliches Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze verschmolzen.

Damit können folgende Gesetze außer Kraft treten:

Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (AGSGB),

Gesetz zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge (DG-KOF),

Gesetz über Regelungen im Sozialwesen (RGSW),

Bayerisches Kinder- und Jugendhilfegesetz (BayKJHG),

Gesetz zur Ausführung des Elften Buches (XI) Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung (AGPflegeVG),

Gesetz zur Ausführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung (AGInsO).

- Die Förderung durch den Freistaat im Bereich der Altenpflege wird eingestellt. In Bayern besteht ein ausgebautes Versorgungsnetz stationärer und ambulanter Betreuungsmöglichkeiten der Altenpflege. Ein weiteres finanzielles Engagement des Landes ist deshalb nicht erforderlich. Der im Rahmen der demografischen Entwicklung entstehende Mehrbedarf an Pflegeplätzen kann primär durch private Investoren gedeckt werden. Schon in den vergangenen Jahren war es der hohe Anteil freifinanzierter Heime, der dazu beigetragen hat, dass Bayern mit Pflegeplätzen gut versorgt ist.

Bayern begreift den sich entfaltenden Wettbewerb generell als Chance. Dies gilt auch für den Bereich der Altenpflege. Durch die Eigendynamik des Wettbewerbs verschiedener Leistungsträger kann es gelingen, effiziente und preiswerte Strukturen ohne Qualitätsverlust im Pflegebereich zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Die Kommunen haben auch in Zukunft im Rahmen des eigenen Wirkungskreises darauf hinzuwirken, dass rechtzeitig und ausreichend bedarfsgerechte Pflegeeinrichtungen zur Verfügung stehen. Angesichts des erreichten Versorgungsgrades und der angespannten Haushaltslage der Kommunen können diese, um eine finanzielle Überforderung der Kommunen zu vermeiden, in Zukunft im Bereich der Altenpflege nach Maßgabe der in den Kommunalhaushalten bereitgestellten Mittel fördern.

- Die Finanzierung des Maßregelvollzugs wird ab dem Haushaltsjahr 2007 umgestellt auf ein Finanzierungssystem auf Basis eines Budgets mit der Möglichkeit einer mehrjährigen Laufzeit. Die Bezirke als Aufgabenträger erhalten hierzu jährlich einen im Voraus festgelegten Geldbetrag für die zu erwartenden Kosten. Die Einzelheiten werden durch Vereinbarung mit den Bezirken, oder sollte eine solche Vereinbarung nicht zustande kommen, durch Rechtsverordnung festgelegt, die das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen erlässt.

Hierdurch erhalten die Bezirke als Träger der Maßregelvollzugseinrichtungen die notwendige Entscheidungsflexibilität. Das erforderliche Kostenbewusstsein wird zudem bei allen Vollzugsbeteiligten durch das gedeckelte Budget gestärkt. Der Staat als Kostenträger des Maßregelvollzugs erhält Planungssicherheit in finanzieller Hinsicht.

C) Alternativen

Die Ziele einer weitgehenden Deregulierung der Vorschriften im Bereich des Sozialrechts lassen sich nur durch die Schaffung eines einheitlichen Ausführungsgesetzes der Sozialgesetze erreichen. Hierzu gibt es, wie auch zur Änderung der Ausführungsvorschriften zum Elften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) - Soziale Pflegeversicherung sowie zur Reformierung des Finanzierungssystems des Maßregelvollzugs, keine Alternative.

D) Kosten

- Die Verschmelzung der Ausführungsgesetze im Bereich des Sozialrechts hat keine unmittelbaren Kostenauswirkungen auf die Kommunen, Wirtschaft und Bürger.
- Durch die Einstellung der Förderung des Versorgungsnetzes stationärer und ambulanter Betreuungsmöglichkeiten der Altenpflege werden Einsparungen im bayerischen Staatshaushalt erzielt.

Durch die Eigendynamik des Wettbewerbs sollte es gelingen, ohne staatliche Förderung effiziente, preiswerte Strukturen ohne Qualitätsverlust zu erhalten. Für die Kommunen sind daher auch in ihrer Funktion als Sozialhilfeträger keine höheren Belastungen durch höhere Heimentgelte zu erwarten. Gleiches gilt auch für die Bürger, die als Selbstzahler für die Heimentgelte aufkommen.

Selbst wenn die Einstellung der staatlichen Investitionskostenförderung zu höheren Pflegesätzen und in der Folge zu steigenden Sozialhilfeausgaben führen sollte, wäre dies nicht konnexitätswirksam gemäß Art. 83 Abs. 3 i. V. m. Abs. 6 der Verfassung. Weder wird den Kommunen eine Aufgabe übertragen, noch werden sie zur Erfüllung von Aufgaben im eigenen Wirkungskreis verpflichtet. Allein die Verteuerung der Aufgabenwahrnehmung ist nicht konnexitätswirksam. Ebenso werden keine besonderen Anforderungen an die Erfüllung einer bestehenden Aufgabe gestellt. Eine Rückführung bestehender Förderprogramme stellt keine „besondere Anforderung“ im Sinn des Art. 83 Abs. 3 der Verfassung dar. Auch soweit die Kommunen als Einrichtungsträger vom Wegfall der staatlichen Förderung betroffen sind, liegt kein Fall der Konnexität vor.

Da in Bayern momentan ein flächendeckendes Netz von Pflegeeinrichtungen besteht, steht die Errichtung weiterer Einrichtungen in der freiwilligen Entscheidung der Träger. Zukünftig wird der Wettbewerb den Markt regeln. Es ist deshalb davon auszugehen, dass keine Mehrkosten für die Wirtschaft entstehen.

- Die Reformierung des Finanzierungssystems des Maßregelvollzugs führt zu einer dauerhaften Entlastung des Staatshaushalts

Gesetzentwurf

Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG)

86-7-A

Inhaltsübersicht

Teil 1 Vorschriften für den Bereich des Ersten Buches Sozialgesetzbuch

- Allgemeiner Teil -

Art. 1 Auskunft

Teil 2 Vorschriften für den Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

- Grundsicherung für Arbeitsuchende -

Art. 2 Zuständigkeit, Wirkungsbereich, Aufsicht

Art. 3 Erstattungsleistungen des Bundes

Art. 4 Belastungsausgleich im Jahr 2006 zum Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

Art. 5 Belastungsausgleich im Jahr 2007 zum Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und zu den Leistungen an Ausländer, Aussiedler, Spätaussiedler

Teil 3 Vorschriften für den Bereich des Vierten Buches Sozialgesetzbuch

- Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung -

Art. 6 Versicherungsbehörden

Art. 7 Zuständigkeiten

Art. 8 Mahn- und Vollstreckungsgebühren der Versicherungsträger

Teil 4 Vorschriften für den Bereich des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

- Gesetzliche Krankenversicherung -

Art. 9 Zuständigkeiten

Teil 5 Vorschriften für den Bereich des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

- Gesetzliche Rentenversicherung -

Art. 10 Zuständigkeiten

Teil 6 Vorschriften für den Bereich des Siebten Buches Sozialgesetzbuch

- Gesetzliche Unfallversicherung -

Art. 11 Zuständigkeiten

Teil 7 Vorschriften für den Bereich des Achten Buches Sozialgesetzbuch

- Kinder- und Jugendhilfe - und für weitere Regelungen des Kinder- und Jugendhilfrechts

Abschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 12 Geltungsbereich

Art. 13 Vorrang der freien Jugendhilfe

Art. 14 Zuständigkeiten

Abschnitt 2 Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe

Unterabschnitt 1 Örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Jugendamt

Art. 15 Örtliche Träger

Art. 16 Jugendamt

Art. 17 Jugendhilfeausschuss als beschließender Ausschuss, Vorsitz

Art. 18 Stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Art. 19 Beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Art. 20 Aufgabe der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Art. 21 Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Art. 22 Amtsperiode des Jugendhilfeausschusses, Dauer der Mitgliedschaft

Art. 23 Fachkräfte

Unterabschnitt 2**Überörtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe,
Zentrum Bayern Familie und Soziales,
Landesjugendamt, Oberste Landesjugendbehörden**

- Art. 24 Überörtlicher Träger
- Art. 25 Zentrum Bayern Familie und Soziales
- Art. 26 Landesjugendamt
- Art. 27 Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses
- Art. 28 Amtsperiode des Landesjugendhilfeausschusses,
Dauer der Mitgliedschaft
- Art. 29 Oberste Landesjugendbehörden

Unterabschnitt 3**Aufgaben der kreisangehörigen Gemeinden,
der Bezirke und des Bayerischen Jugendrings**

- Art. 30 Aufgaben der kreisangehörigen Gemeinden
- Art. 31 Aufgaben der Bezirke
- Art. 32 Bayerischer Jugendring

Unterabschnitt 4**Träger der freien Jugendhilfe**

- Art. 33 Anerkennung

Abschnitt 3**Schutz von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege****Unterabschnitt 1****Pflegeerlaubnis und Aufsicht**

- Art. 34 Pflegeerlaubnis
- Art. 35 Versagungsgründe
- Art. 36 Rücknahme, Widerruf, Erlöschen der Pflegeerlaubnis
- Art. 37 Mitteilungspflicht
- Art. 38 Rechte des Jugendamts
- Art. 39 Untersagung der Pflegestellenvermittlung
- Art. 40 Untersagung der Pflegetätigkeit

Unterabschnitt 2**Pflegevereinbarung**

- Art. 41 Pflegevereinbarung

Unterabschnitt 3**Finanzielle Leistungen, Zuständigkeiten**

- Art. 42 Tagespflege
- Art. 43 Vollzeitpflege

Abschnitt 4**Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen**

- Art. 44 Rechtsverordnung
- Art. 45 Zuständigkeit für die Aufsicht
- Art. 46 Untersagung des Betriebs einer Einrichtung
- Art. 47 Erteilung von Auskünften
- Art. 48 Mitwirkung des Jugendamts
- Art. 49 Festsetzung des Barbetrags

Abschnitt 5**Kosten, Kostenerstattung**

- Art. 50 Geltendmachung des Kostenbeitrags
- Art. 51 Kostenbeteiligung des Staates und der Bezirke
- Art. 52 Kostenerstattung
- Art. 53 Vorläufige Leistung

Abschnitt 6**Jugendschutzbestimmungen**

- Art. 54 Mitteilungspflicht
- Art. 55 Aufgaben und Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz
- Art. 56 Zusammenwirken von Polizei und Jugendamt
- Art. 57 Ausnahmen vom Jugendschutz

Abschnitt 7**Aufsicht, Zuständigkeiten**

- Art. 58 Fachliche Anforderungen an Urkundspersonen
- Art. 59 Aufsicht des Vormundschaftsgerichts
- Art. 60 Vereinsvormundschaften
- Art. 61 Vereinsbeistandschaften
- Art. 62 Zuständigkeit nach dem Unterhaltsvorschussgesetz
- Art. 63 Zuständigkeit nach dem Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
- Art. 64 Zuständigkeit bei Maßnahmen für mehrfach behinderte junge Menschen und bei Maßnahmen der Frühförderung für Kinder
- Art. 65 Ermächtigungen

Abschnitt 8**Ordnungswidrigkeiten**

- Art. 66 Ordnungswidrigkeiten

Teil 8**Vorschriften für den Bereich
des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch****- Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz -**

- Art. 67 Amtliche Beglaubigungen

Teil 9
Vorschriften für den Bereich
des Elften Buches Sozialgesetzbuch
- Soziale Pflegeversicherung -

- Art. 68 Zweck und Geltungsbereich
- Art. 69 Bedarfsermittlung
- Art. 70 Subsidiaritätsprinzip
- Art. 71 Ambulante Einrichtungen
- Art. 72 Teilstationäre Einrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege
- Art. 73 Vollstationäre Einrichtungen
- Art. 74 Förderung
- Art. 75 Mitwirkung kreisangehöriger Gemeinden
- Art. 76 Vernetzung von Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen
- Art. 77 Vernetzung von Einrichtungen der medizinischen, beruflichen und allgemeinen sozialen Rehabilitation für körperlich, geistig und seelisch Behinderte und Pflegeeinrichtungen
- Art. 78 Zuständige Landesbehörden
- Art. 79 Ausführungsvorschriften

Teil 10
Vorschriften für den Bereich
des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch
- Sozialhilfe -

- Art. 80 Örtliche Träger der Sozialhilfe
- Art. 81 Überörtliche Träger der Sozialhilfe
- Art. 82 Sachliche Zuständigkeit der überörtlichen Träger der Sozialhilfe
- Art. 83 Heranziehung kreisangehöriger Gemeinden
- Art. 84 Heranziehung örtlicher Träger
- Art. 85 Mitteilungspflicht
- Art. 86 Träger der Kosten
- Art. 87 Einrichtungen und Dienste
- Art. 88 Beteiligung des Freistaates Bayern, Erstattungsleistungen des Bundes
- Art. 89 Zusammenarbeit der Träger der Sozialhilfe mit der freien Wohlfahrtspflege
- Art. 90 Leistungsbescheid über Kostenbeitrag, Aufwendungs- und Kostenersatz
- Art. 91 Festsetzung des Barbetrags
- Art. 92 Erhöhung der Einkommensgrenze
- Art. 93 Beteiligung sozial erfahrener Personen
- Art. 94 Zuständigkeit für Petitionen

Teil 11
Vorschriften für den Bereich
des Strafgesetzbuchs, des Jugendgerichtsgesetzes, der
Strafprozessordnung und des Betäubungsmittelgesetzes

- Art. 95 Vollzug strafgerichtlicher Entscheidungen
- Art. 96 Anerkennung von Beratungsstellen
- Art. 97 Anerkennung von Einrichtungen

Teil 12
Vorschriften für den Bereich
des Bundesvertriebenengesetzes
und der Kriegsoffiziersfürsorge/Bundesversorgungsgesetz

- Art. 98 Zuständigkeit für den Vollzug des Bundesvertriebenengesetzes
- Art. 99 Örtliche Träger der Kriegsoffiziersfürsorge
- Art. 100 Überörtliche Träger der Kriegsoffiziersfürsorge
- Art. 101 Hauptfürsorgestelle
- Art. 102 Beirat für Kriegsoffiziersfürsorge
- Art. 103 Heranziehung örtlicher Träger
- Art. 104 Mitteilungspflicht
- Art. 105 Widerspruchsverfahren
- Art. 106 Kosten der Kriegsoffiziersfürsorge
- Art. 107 Anwendung des Gesetzes außerhalb der Kriegsoffiziersfürsorge
- Art. 108 Ausführungsvorschriften

Teil 13
Vorschriften für
sonstige Regelungen im Sozialwesen

- Art. 109 Vollzug von Vorschriften der öffentlichen Fürsorge
- Art. 110 Kostenerstattung bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen
- Art. 111 Zuständigkeit für Aufwendungserstattungs-Verordnung

Teil 14
Vorschriften für den Bereich
der Verbraucherinsolvenz nach der Insolvenzordnung

- Art. 112 Geeignete Stellen im Verbraucherinsolvenzverfahren
- Art. 113 Aufgaben
- Art. 114 Anerkennung
- Art. 115 Stellen von Kommunen
- Art. 116 Anerkennungsverfahren

Teil 15
Schlussvorschriften

- Art. 117 Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes
- Art. 118 Inkrafttreten; Außerkrafttreten

Teil 1
Vorschriften für den Bereich
des Ersten Buches Sozialgesetzbuch

- **Allgemeiner Teil** -

Art. 1
Auskunft

¹Zuständige Stellen im Sinn des § 15 Abs. 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) sind die Landkreise und die kreisfreien Gemeinden. ²Die Erteilung von Auskünften über soziale Angelegenheiten nach dem Sozialgesetzbuch ist eine Aufgabe ihres eigenen Wirkungskreises.

Teil 2
Vorschriften für den Bereich
des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch
- **Grundsicherung für Arbeitsuchende** -

Art. 2
Zuständigkeit, Wirkungskreis, Aufsicht

(1) ¹Die kreisfreien Gemeinden und die Landkreise sind kommunale Träger im Sinn des § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II). ²Sie und die zugelassenen Träger nach § 6a SGB II nehmen die ihnen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch obliegenden Aufgaben als Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises wahr.

(2) ¹Die Fachaufsicht über die Träger nach Abs. 1 obliegt den Regierungen. ²Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Staatsministerium) ist obere Fachaufsichtsbehörde.

(3) Die kreisfreien Gemeinden und die Landkreise sind zuständig für alle Leistungen im Sinn des § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II.

(4) ¹Die Aufsicht über nach § 44b SGB II errichtete Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitsagenturen und kommunalen Trägern obliegt dem Staatsministerium. ²Die kreisfreien Gemeinden und die Landkreise stellen, soweit sie kommunale Träger im Sinn des § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB II sind, sicher, dass die Organe der örtlichen und überörtlichen Rechnungsprüfung das Recht haben, Arbeitsgemeinschaften (§ 44b SGB II) zu prüfen (Art. 106 der Gemeindeordnung (GO), Art. 92 der Landkreisordnung (LKrO)).

Art. 3
Erstattungsleistungen des Bundes

¹Die an den Freistaat Bayern erbrachten Erstattungsleistungen des Bundes nach § 46 Abs. 10 SGB II werden jeweils unmittelbar nach Eingang beim Freistaat Bayern an die kreisfreien Gemeinden und die Landkreise weiter geleitet. ²Die Durchführung obliegt dem Staatsministerium oder der von ihm bestimmten Stelle.

Art. 4
Belastungsausgleich im Jahr 2006 zum Vierten
Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

(1) ¹Der Freistaat Bayern gewährt den Landkreisen und den kreisfreien Gemeinden im Jahr 2006 eine Zuweisung zu den Belastungen, die ihnen im Jahr 2005 aus dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt erwachsen sind. ²Die Höhe der Zuweisungsmasse wird im Staatshaushaltsplan festgelegt. ³Verteilungsmaßstab ist der Anteil eines Landkreises oder einer kreisfreien Gemeinde an den ausgleichsfähigen Belastungen aller Landkreise und kreisfreien Gemeinden nach Abs. 2 Satz 1 im Jahr 2005. ⁴Übersteigen die im Staatshaushalt bereitgestellten Mittel die ausgleichsfähigen Belastungen, werden die übersteigenden Mittel so verteilt, dass ein einheitliches Mindestentlastungsniveau je Einwohner entsteht.

(2) ¹Ausgleichsfähige Belastungen eines Landkreises oder einer kreisfreien Gemeinde sind nur solche Belastungen, die nach dem Abzug der jeweiligen Entlastungen aus dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und den Entlastungen aus den Auswirkungen auf die Bezirksumlage gemäß Satz 3 verbleiben. ²Den Bezirken, den Landkreisen und den kreisfreien Gemeinden entstandene Ent- und Belastungen sind unter Berücksichtigung statistischer Daten

1. zum Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch des Jahres 2005,
2. zum Bundessozialhilfegesetz und zum Grundsicherungsgesetz, jeweils in der bis 31. Dezember 2004 geltenden Fassung,

zu ermitteln; dabei sind die Ausgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch um die Bundesleistung nach § 46 SGB II zu mindern und die Daten des Jahres 2004 mit einem geeigneten Faktor fortzuschreiben, um die sich im Fall des Fortgeltens der früheren Rechtslage ergebende hypothetische Entwicklung im Jahr 2005 zu ermitteln. ³Den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden wird jeweils die sich rechnerisch ergebende Bezirksumlageentlastung zugerechnet, die sich aus einer vollständigen Weitergabe der den Bezirken im Jahr 2005 aus dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt erwachsenen Entlastungen auf die Kreisebene ergibt; dabei wird die dem einzelnen Bezirk zuzurechnende Entlastung nach der Summe der Umlagegrundlagen nach Art. 21 Abs. 3 Satz 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) auf die Landkreise und die kreisfreien Gemeinden aufgeteilt.

(3) Stellen sich nach der Berechnung der Zuweisung nach Abs. 1 im Einzelfall erhebliche Unrichtigkeiten heraus, so wird der Ausgleich bei der Berechnung der Zuweisung für das nächste Haushaltsjahr durch Korrektur der dieser Berechnung zu Grunde liegenden Daten vorgenommen.

(4) ¹Der Freistaat Bayern gibt seine im Jahr 2005 aus dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt erwachsenen Netto-Entlastungen in die Zuweisungsmasse nach Abs. 1. ²Die dem Freistaat Bayern entstandenen Entlastungen sind durch Vergleich der Ist-Ausgaben des Freistaates Bayern für das Wohngeld im Jahr 2004 mit den

Ist-Ausgaben im Jahr 2005 zu ermitteln; dabei sind die Ist-Ausgaben des Jahres 2004 mit einem geeigneten Faktor fortzuschreiben, um die sich im Fall des Fortgeltens der früheren Rechtslage ergebende hypothetische Entwicklung im Jahr 2005 zu ermitteln.³Die Entlastungen vermindern sich um Mindereinnahmen infolge der anteiligen Belastung des Freistaates Bayern aus der Umschichtung für den Ausgleich-Ost (Art. 29 und 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt).⁴Die Höhe des in die Zuweisungsmasse eingehenden Netto-Entlastungsbetrags des Freistaates Bayern wird im Staatshaushaltsplan festgelegt.

(5)¹Das Nähere zur Ermittlung der den Landkreisen, den kreisfreien Gemeinden und den Bezirken entstandenen Ent- und Belastungen und der Netto-Entlastung des Freistaates Bayern sowie zur Verteilung und Auszahlung der Zuweisungsmasse an die Landkreise und die kreisfreien Gemeinden wird durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums im Einvernehmen mit den Staatsministerien des Innern und der Finanzen bestimmt.²Die Berechnung und Festsetzung des Belastungsausgleichs obliegt dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Art. 5

Belastungsausgleich im Jahr 2007 zum Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und zu den Leistungen an Ausländer, Aussiedler, Spätaussiedler

(1)¹Der Freistaat Bayern gewährt den Landkreisen und den kreisfreien Gemeinden im Jahr 2007 eine Zuweisung zu den Belastungen, die ihnen im Jahr 2006 aus dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt sowie aus der zum 1. Januar 2006 erfolgten Änderung von Art. 7 und 11 des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (AGSGB) in der bis zum 31. Dezember 2006 geltenden Fassung erwachsen sind.²Die Höhe der Zuweisungsmasse wird im Staatshaushaltsplan festgelegt.³Verteilungsmaßstab ist der Anteil eines Landkreises oder einer kreisfreien Gemeinde an den ausgleichsfähigen Belastungen aller Landkreise und kreisfreien Gemeinden nach Abs. 2 Satz 1 im Jahr 2006.⁴Übersteigen die im Staatshaushalt bereitgestellten Mittel die ausgleichsfähigen Belastungen, werden die übersteigenden Mittel so verteilt, dass ein einheitliches Mindestentlastungsniveau je Einwohner entsteht.

(2)¹Ausgleichsfähige Belastungen eines Landkreises oder einer kreisfreien Gemeinde sind nur solche Belastungen, die nach dem Abzug der jeweiligen Entlastungen aus dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und den Entlastungen aus den Auswirkungen auf die Bezirksumlage gemäß Satz 3 verbleiben.²Den Bezirken, den Landkreisen und den kreisfreien Gemeinden entstandene Ent- und Belastungen sind unter Berücksichtigung statistischer Daten

1. zum Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch des Jahres 2006,
2. zum Bundessozialhilfegesetz und zum Grundsicherungsgesetz, jeweils in der bis 31. Dezember 2004 geltenden Fassung,

zu ermitteln; dabei sind die Ausgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch um die Bundesleistung nach § 46 SGB II zu mindern und die Daten des Jahres 2004 mit einem geeigneten Faktor fortzuschreiben, um die sich im Fall des Fortgeltens der früheren Rechtslage ergebende hypothetische Entwicklung in den Jahren 2005 und 2006 zu ermitteln.³Den Landkreisen und den kreisfreien Gemeinden wird jeweils die sich rechnerisch ergebende Bezirksumlageentlastung zugerechnet, die sich aus einer vollständigen Weitergabe der den Bezirken im Jahr 2006 aus dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt sowie aus der zum 1. Januar 2006 erfolgten Änderung von Art. 7 und 11 AGSGB in der bis zum 31. Dezember 2006 geltenden Fassung erwachsenen Entlastungen auf die Kreisebene ergibt; dabei wird die dem einzelnen Bezirk zuzurechnende Entlastung nach der Summe der Umlagegrundlagen nach Art. 21 Abs. 3 Satz 2 FAG auf die Landkreise und die kreisfreien Gemeinden aufgeteilt.⁴Bei der Berechnung der Bezirksumlagenentlastung wird die zugunsten der Zuweisungsmasse für den Belastungsausgleich für das Jahr 2005 erfolgte Kürzung der Mittel nach Art. 15 FAG mindernd berücksichtigt.

(3) Stellen sich nach der Berechnung der Zuweisung nach Abs. 1 im Einzelfall erhebliche Unrichtigkeiten heraus, so wird der Ausgleich bei der Berechnung der Zuweisung für das nächste Haushaltsjahr durch Korrektur der dieser Berechnung zu Grunde liegenden Daten vorgenommen.

(4)¹Der Freistaat Bayern gibt seine im Jahr 2006 aus dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt erwachsenen Netto-Entlastungen in die Zuweisungsmasse nach Abs. 1.²Die dem Freistaat Bayern entstandenen Entlastungen sind durch Vergleich der Ist-Ausgaben des Freistaates Bayern für das Wohngeld im Jahr 2004 mit den Ist-Ausgaben im Jahr 2006 zu ermitteln; dabei sind die Ist-Ausgaben des Jahres 2004 mit einem geeigneten Faktor fortzuschreiben, um die sich im Fall des Fortgeltens der früheren Rechtslage ergebende hypothetische Entwicklung in den Jahren 2005 und 2006 zu ermitteln.³Die Entlastungen vermindern sich um Mindereinnahmen infolge der anteiligen Belastung des Freistaates Bayern aus der Umschichtung für den Ausgleich-Ost (Art. 29 und 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt).⁴Die Mindereinnahmen werden gekürzt um den Minderbetrag bei der Schlüsselzuweisung, der sich dadurch ergibt, dass sich die Verbundmasse nach Art. 1 Abs. 1 Satz 1 FAG durch die Mindereinnahmen nach Satz 3 mindert; maßgebend für die Berechnung des Minderbetrags ist der Verbundzeitraum nach Art. 1 Abs. 1 Satz 1 FAG.⁵Die Höhe des in die Zuweisungsmasse eingehenden Netto-Entlastungsbetrags des Freistaates Bayern wird im Staatshaushaltsplan festgelegt; dabei wird auch ein Abrechnungsergebnis der um den Ausgleich-Ost verminderten Wohngeldentlastung im Vorjahr berücksichtigt.

(5)¹Das Nähere zur Ermittlung der den Landkreisen, den kreisfreien Gemeinden und den Bezirken entstandenen Ent- und Belastungen und der Netto-Entlastung des Freistaates Bayern sowie zur Verteilung und Auszahlung der Zuweisungsmasse an die Landkreise und die kreisfreien Gemein-

den wird durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums im Einvernehmen mit den Staatsministerien des Innern und der Finanzen bestimmt. ²Die Berechnung und Festsetzung des Belastungsausgleichs obliegt dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Teil 3
Vorschriften für den Bereich
des Vierten Buches Sozialgesetzbuch

- Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung -

Art. 6
Versicherungsbehörden

(1) Versicherungsämter im Sinn des § 92 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) sind die Landratsämter (staatliche Versicherungsämter) und die kreisfreien Gemeinden (städtische Versicherungsämter).

(2) Als weitere Versicherungsbehörden im Sinn von § 91 Abs. 1 Satz 2 SGB IV bestehen Oberversicherungsämter.

(3) Oberversicherungsämter sind

1. die Regierung von Oberbayern für die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz und Schwaben,
2. die Regierung von Mittelfranken für die Regierungsbezirke Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken.

(4) Die in Abs. 3 genannten Regierungen führen bei der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben die Bezeichnung „Regierung von Oberbayern - Oberversicherungsamt Südbayern“, „Regierung von Mittelfranken - Oberversicherungsamt Nordbayern“.

(5) ¹Die Oberversicherungsämter haben die Aufgaben, die ihnen das Staatsministerium gemäß § 91 Abs. 2 SGB IV überträgt. ²Sie führen die Fachaufsicht bzw. die fachliche Behördenaufsicht über die Versicherungsämter.

Art. 7
Zuständigkeiten

(1) Oberste Verwaltungsbehörde auf dem Gebiet der Sozialversicherung ist das Staatsministerium.

(2) Die nach Landesrecht zuständige Stelle für die Bestimmung der Arbeitgebervertreter bei der Bayerischen Landesunfallkasse (§ 44 Abs. 2a Satz 2 Nr. 1 SGB IV) ist das für den Sitz der Bayerischen Landesunfallkasse zuständige Oberversicherungsamt.

(3) ¹Dem Landesprüfungsamt für Sozialversicherung im Staatsministerium obliegt die Prüfung der Geschäfts-, Betriebs- und Rechnungsführung aller landesunmittelbaren Versicherungsträger, ihrer Verbände, der Kassenärztlichen

Vereinigungen, der Ausschüsse und der Geschäftsstelle nach § 106 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) und der Arbeitsgemeinschaft Medizinischer Dienst. ²Die Kostenaufteilung unter den Versicherungszweigen richtet sich nach den Prüftagen. ³Die einem Versicherungszweig angehörenden Versicherungsträger erstatten die Kosten im Verhältnis der beitragspflichtigen Einnahmen ihrer Mitglieder. ⁴Das Staatsministerium regelt das Nähere; es kann Vorschüsse anfordern und Pauschbeträge festsetzen. ⁵Das Staatsministerium kann dem Landesprüfungsamt für Sozialversicherung weitere Prüfungen, insbesondere von Dienststellen und Einrichtungen in seinem Geschäftsbereich übertragen. ⁶Die Kosten solcher Prüfungen setzt das Landesprüfungsamt für Sozialversicherung fest. ⁷Das Landesprüfungsamt für Sozialversicherung ist in der Durchführung seiner Aufgaben unabhängig.

Art. 8
Mahn- und Vollstreckungsgebühren
der Versicherungsträger

Die landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger können nach Maßgabe ihrer Satzung für Mahnungen und Amtshandlungen im Vollstreckungsverfahren Kosten erheben.

Teil 4
Vorschriften für den Bereich
des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

- Gesetzliche Krankenversicherung -

Art. 9
Zuständigkeiten

¹Zuständige Landesbehörde nach § 99 Abs. 1 Satz 1 SGB V ist das Staatsministerium. ²Soweit bei der Bedarfsplanung die Erfordernisse der Raumordnung zu beachten sind, entscheidet es im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie.

Teil 5
Vorschriften für den Bereich
des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

- Gesetzliche Rentenversicherung -

Art. 10
Zuständigkeiten

Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Behörden und Stellen zu bestimmen, die bei Beamten, Richtern und sonstigen versicherungsfrei Beschäftigten, deren Dienstherr der Freistaat Bayern ist, Arbeitgeber im Sinn des § 184 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 1 und des § 185 Abs. 1 und 3 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) sind.

Teil 6
Vorschriften für den Bereich
des Siebten Buches Sozialgesetzbuch
- Gesetzliche Unfallversicherung -

Art. 11
Zuständigkeiten

Das für den Sitz des Unternehmens zuständige Oberversicherungsamt entscheidet in den Fällen des § 129a Abs. 3 bis 6 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII) über die Festlegung der Zuständigkeit für die Herstellung des Einvernehmens.

Teil 7
Vorschriften für den Bereich
des Achten Buches Sozialgesetzbuch
- Kinder- und Jugendhilfe -
und für weitere Regelungen des
Kinder- und Jugendhilferechts

Abschnitt 1
Allgemeine Bestimmungen

Art. 12
Geltungsbereich

(1) Die Vorschriften des Teils 7 dienen der Ausführung des Kinder- und Jugendhilferechts, insbesondere des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII).

(2) Sie gelten nicht für Kindertageseinrichtungen im Sinn des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) und Tagespflege mit Ausnahme der Art. 24, 40, 42, 45 Abs. 2, 46, 47, 53, 64 und 66 sowie der Bestimmungen über die Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Art. 13
Vorrang der freien Jugendhilfe

¹Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben zur Erfüllung der ihnen nach § 2 Abs. 2 SGB VIII obliegenden Leistungen darauf hinzuwirken, dass die Träger der freien Jugendhilfe die erforderlichen Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen bereitstellen und betreiben. ²Soweit Träger der freien Jugendhilfe dazu auch mit öffentlicher Förderung nach § 74 SGB VIII nicht bereit oder nicht in der Lage sind, haben die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dafür selbst Sorge zu tragen.

Art. 14
Zuständigkeiten

¹Die fachgesetzliche Bewertung bei der Rechtsaufsicht über die örtlichen Träger der Jugendhilfe sowie die Zuständigkeit für die Überprüfung und Bearbeitung von Eingaben und Petitionen zur Tätigkeit der örtlichen Jugendhilfeträger obliegt auf der Ebene der Staatsregierung dem Staatsministerium. ²Dieses ist befugt, die für die Aufgabenerfüllung nach Satz 1 erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben, zu verarbeiten und zu nutzen.

Abschnitt 2
Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe

Unterabschnitt 1
Örtliche Träger der öffentlichen
Jugendhilfe, Jugendamt

Art. 15
Örtliche Träger

(1) ¹Örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind die Landkreise und die kreisfreien Gemeinden. ²Soweit sich aus dem Achten Buch Sozialgesetzbuch oder aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt, erfüllen sie die Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe nach den Vorschriften der Gemeindeordnung oder der Landkreisordnung; sie handeln dabei im eigenen Wirkungskreis.

(2) Die Rechtsaufsicht über die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wird nach der Gemeindeordnung oder der Landkreisordnung geführt.

Art. 16
Jugendamt

(1) ¹Jeder örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe errichtet ein Jugendamt. ²Die Aufgaben des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe werden durch das Jugendamt wahrgenommen.

(2) ¹Verfassung und Verfahren des Jugendamts werden vom Gemeinderat oder vom Kreistag nach Anhörung des Jugendhilfeausschusses durch Satzung bestimmt. ²Die Satzung muss insbesondere Regelungen enthalten über

1. die Wahrnehmung der Aufgaben im Verhältnis zwischen Jugendhilfeausschuss und Verwaltung des Jugendamts,
2. den Umfang des Beschlussrechts des Jugendhilfeausschusses,
3. die Anhörung des Jugendhilfeausschusses vor der Beschlussfassung der Vertretungskörperschaft in Fragen der Jugendhilfe nach § 71 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII,
4. Zahl und Zusammensetzung der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie das Verfahren zu ihrer Wahl,
5. das Verfahren zur Bestellung der beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses,
6. die Bildung von vorberatenden Unterausschüssen des Jugendhilfeausschusses,
7. die Beteiligung von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe nach § 80 Abs. 3 SGB VIII bei der Jugendhilfeplanung.

(3) Leiter oder Leiterin der Verwaltung der Gebietskörperschaft im Sinn des § 70 Abs. 2 SGB VIII ist der Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin oder der Landrat bzw. die Landrätin oder deren Stellvertreter bzw. Stellvertreterin; der Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin oder der Landrat bzw. die Landrätin kann die

Aufgabe auch dem Leiter oder der Leiterin der Verwaltung des Jugendamts oder dessen bzw. deren unmittelbaren Vorgesetzten übertragen und hierbei entsprechende Zeichnungsvollmacht erteilen.

Art. 17
Jugendhilfeausschuss
als beschließender Ausschuss, Vorsitz

(1) Der Jugendhilfeausschuss ist ein beschließender Ausschuss des Gemeinderats oder des Kreistags.

(2) ¹Art. 32 Abs. 5, Art. 33 Abs. 1 Satz 1 GO und Art. 29 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 LKrO sind nicht anzuwenden. ²Art. 33 Abs. 1 Satz 2 und 5 GO und Art. 27 Abs. 2 und 3 LKrO gelten nur für die aus der Mitte des Gemeinderats oder des Kreistags entsandten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. ³Die Satzung nach Art. 16 Abs. 2 kann bestimmen, dass die Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses abweichend von Art. 51 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 GO und von Art. 45 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 LKrO in offener Abstimmung erfolgt.

(3) ¹Den Vorsitz im Jugendhilfeausschuss führt der Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin oder der Landrat bzw. die Landrätin oder ein von ihm oder ihr bestimmtes Mitglied der Vertretungskörperschaft. ²Art. 33 Abs. 2 und Art. 39 Abs. 1 GO und Art. 33 Satz 1 und 3 LKrO sind nicht anzuwenden. ³Der oder die Vorsitzende ist stimmberechtigtes Mitglied im Sinn des § 71 Abs. 1 Nr. 1 SGB VIII.

(4) Der Jugendhilfeausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

Art. 18
Stimmberechtigte Mitglieder
des Jugendhilfeausschusses

(1) ¹Dem Jugendhilfeausschuss gehören als stimmberechtigte Mitglieder nach § 71 Abs. 1 SGB VIII höchstens 15 Personen einschließlich des oder der Vorsitzenden an. ²In Jugendamtsbezirken mit mehr als 150 000 Einwohnern kann die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder in der Satzung auf höchstens 20, in Jugendamtsbezirken mit mehr als 1 000 000 Einwohnern auf höchstens 30 festgelegt werden.

(2) ¹Bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses soll auf eine ausgewogene Berücksichtigung von Frauen und Männern hingewirkt werden. ²Bei der Wahl durch die Vertretungskörperschaft sollen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe, insbesondere die Jugendverbände und Wohlfahrtsverbände, entsprechend dem Umfang und der Bedeutung ihres Wirkens im Jugendamtsbezirk berücksichtigt werden. ³Die im Bezirk des Jugendamts wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sollen mehr als die insgesamt auf sie entfallenden Mitglieder vorschlagen. ⁴Zu den Vorschlägen der Jugendverbände ist der örtlich zuständige Kreis- oder Stadtjugendring zu hören.

(3) ¹Für jedes stimmberechtigte Mitglied ist ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin zu bestellen. ²Abs. 2 Sätze 1, 2 und 4 gelten für stellvertretende Mitglieder entsprechend.

Art. 19

Beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

(1) Als beratende Mitglieder gehören dem Jugendhilfeausschuss an

1. der Leiter oder die Leiterin der Verwaltung des Jugendamts,
2. ein Mitglied, das als Jugend- oder Familien- oder Vormundschaftsrichter bzw. -richterin tätig ist,
3. ein Mitglied aus dem Bereich der Schulen oder der Schulverwaltung,
4. ein Bediensteter oder eine Bedienstete der zuständigen Arbeitsagentur,
5. eine Fachkraft, die in der Beratung im Sinn des § 28 SGB VIII tätig ist,
6. die für den Jugendamtsbezirk zuständige kommunale Gleichstellungsbeauftragte, sofern eine solche bestellt ist,
7. ein Polizeibeamter oder eine Polizeibeamtin,
8. der bzw. die Vorsitzende des Stadt- oder Kreisjugendrings oder eine von ihm bzw. ihr beauftragte Person, sofern der oder die Vorsitzende des Stadt- oder Kreisjugendrings dem Jugendhilfeausschuss nicht bereits als stimmberechtigtes Mitglied angehört,
9. Mitglieder aus dem Bereich der Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts. Ihre Zahl und Zusammensetzung wird entsprechend ihrer Bedeutung im Jugendamtsbezirk in der Satzung festgelegt.

(2) ¹Das Mitglied nach Abs. 1 Nr. 2 wird von dem Leiter oder der Leiterin des für den Jugendamtsbezirk zuständigen Amtsgerichts, das Mitglied nach Abs. 1 Nr. 3 von dem Leiter oder der Leiterin des zuständigen staatlichen Schulamts, das Mitglied nach Abs. 1 Nr. 4 von dem Leiter oder der Leiterin der zuständigen Arbeitsagentur und das Mitglied nach Abs. 1 Nr. 7 von der zuständigen Polizeidirektion benannt. ²Die Fachkraft nach Abs. 1 Nr. 5 wird von der Beratungsstelle benannt, die Aufgaben im Sinn des § 28 SGB VIII wahrnimmt; bestehen in einem Jugendamtsbezirk mehrere solcher Beratungsstellen, erfolgt die Benennung mehrheitlich durch deren Leiter bzw. Leiterinnen oder, wenn sich eine Mehrheit nicht ergibt, durch den Jugendhilfeausschuss. ³Die Mitglieder nach Abs. 1 Nr. 9 werden von den zuständigen Stellen der Kirchen und der sonstigen Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts benannt.

(3) Art. 18 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 gelten entsprechend.

(4) Ein beratendes Mitglied kann nicht Stellvertreter oder Stellvertreterin eines stimmberechtigten Mitglieds sein.

(5) ¹Der Jugendhilfeausschuss oder dessen Vorsitzender bzw. Vorsitzende sollen bei Bedarf zu einzelnen Themen weitere Fachleute hinzuziehen. ²Satz 1 gilt auch für Unterausschüsse des Jugendhilfeausschusses.

Art. 20**Aufgabe der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses**

¹Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses üben ihre Tätigkeit zum Wohle aller junger Menschen sowie ihrer Familien im Jugendamtsbezirk aus. ²Die stimmberechtigten Mitglieder sind bei der Stimmabgabe an Weisungen und Aufträge nicht gebunden.

Art. 21**Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses**

(1) ¹Für die nicht der Vertretungskörperschaft angehörenden stimmberechtigten Mitglieder und ihre Stellvertreter oder Stellvertreterinnen gelten die Vorschriften über die Wählbarkeit und über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Vertretungskörperschaft entsprechend. ²Abweichend von Satz 1 ist es für die Wählbarkeit ausreichend, wenn die nicht der Vertretungskörperschaft angehörenden stimmberechtigten Mitglieder und ihre Stellvertreter oder Stellvertreterinnen ihren Wohnsitz, Dienstort oder Arbeitsplatz im Zuständigkeitsbereich des örtlichen Trägers oder eines angrenzenden örtlichen Trägers haben; sie sollen aber immer nur jeweils einem Jugendhilfeausschuss angehören.

(2) ¹Die beratenden Mitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung in gleicher Höhe wie die stimmberechtigten Mitglieder. ²Die beratenden Mitglieder sollen ihren Wohnsitz, Dienstort oder Arbeitsplatz im Zuständigkeitsbereich des öffentlichen Trägers haben; Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

(3) Für Beamte und Beamtinnen, Richter und Richterinnen und Angestellte im öffentlichen Dienst, die dem Jugendhilfeausschuss auf Grund ihres Amtes angehören, bemisst sich die Höhe der Aufwandsentschädigung nach den Vorschriften über die Reisekostenvergütung der Beamten und Richter.

Art. 22**Amtsperiode des Jugendhilfeausschusses, Dauer der Mitgliedschaft**

(1) ¹Der Jugendhilfeausschuss ist spätestens binnen drei Monaten nach Beginn der Wahlzeit des Gemeinderats oder des Kreistags neu zu bilden. ²Mit der Neubildung endet die Amtsperiode des bisherigen Jugendhilfeausschusses.

(2) Die Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss endet

1. mit der Neubildung eines Jugendhilfeausschusses,
2. wenn ein stimmberechtigtes Mitglied die Voraussetzungen für die Wählbarkeit nach Art. 21 Abs. 1 nicht mehr erfüllt,
3. wenn das Amt oder Mandat endet, auf Grund dessen das Mitglied dem Jugendhilfeausschuss angehört,
4. wenn das Mitglied von der Stelle, die es vorgeschlagen hat, abberufen wird oder

5. wenn das Mitglied aus wichtigem Grund seinen Rücktritt erklärt; ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet der Jugendhilfeausschuss.

(3) ¹Scheidet ein stimmberechtigtes Mitglied, das nicht der Vertretungskörperschaft angehört, vor Ablauf der Wahlzeit aus, so ist ein Ersatzmitglied zu wählen; dabei sollen Vorschläge der Stelle, die das ausgeschiedene Mitglied vorgeschlagen hatte, vorrangig berücksichtigt werden. ²Art. 18 Abs. 2 gilt entsprechend. ³Für beratende Mitglieder gilt Art. 19 Abs. 2.

Art. 23**Fachkräfte**

(1) In der Verwaltung des Jugendamts müssen für die Aufgaben der Jugendhilfe, unbeschadet Abs. 2, geeignete hauptamtliche Kräfte (§ 72 Abs. 1 und 2 SGB VIII) in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

(2) Zur Wahrnehmung der Aufgaben der Jugendarbeit muss im Bereich des örtlichen Trägers mindestens ein hauptamtlicher Jugendpfleger oder eine hauptamtliche Jugendpflegerin eingesetzt sein.

(3) ¹Richtlinien über die Anforderungen an die fachliche Qualifikation der in der Verwaltung des Jugendamts tätigen Kräfte (§ 72 Abs. 1 und 2 SGB VIII) können als gemeinsame Empfehlungen von den Obersten Landesjugendbehörden im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern erlassen werden. ²Die Staatsregierung kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass sich Kräfte, die erstmals mit leitenden Funktionen oder anderen Aufgaben, welche besondere Anforderungen stellen, betraut werden, einer Zusatzausbildung unterziehen müssen.

Unterabschnitt 2**Überörtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Zentrum Bayern Familie und Soziales, Landesjugendamt, Oberste Landesjugendbehörden****Art. 24****Überörtlicher Träger**

¹Überörtlicher Träger der Jugendhilfe im Sinn des § 69 Abs. 1 SGB VIII ist der Freistaat Bayern. ²Die Aufgaben des überörtlichen Trägers werden durch das Landesjugendamt wahrgenommen, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. ³Abweichend von Satz 2 nehmen Kreisverwaltungsbehörden für den Bereich der Kindertageseinrichtungen im Sinn des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes die Aufgaben nach den §§ 45 bis 48a SGB VIII wahr, im Fall der Trägerschaft der kreisfreien Gemeinden und der Landkreise die Regierungen.

Art. 25**Zentrum Bayern Familie und Soziales**

¹Das Zentrum Bayern Familie und Soziales ist als eine dem Staatsministerium unmittelbar nachgeordnete zentrale Landesbehörde errichtet. ²Es sind Regionalstellen eingerichtet.

Art. 26 Landesjugendamt

(1) ¹Das Landesjugendamt ist beim Zentrum Bayern Familie und Soziales eingerichtet. ²Sofern das Landesjugendamt Aufgaben aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus wahrnimmt, untersteht es insoweit dessen fachlicher Aufsicht.

(2) ¹Verfassung und Verfahren des Landesjugendamts sind, soweit sie nicht im Achten Buch Sozialgesetzbuch oder in diesem Teil geregelt sind, durch Rechtsverordnung der Staatsregierung zu bestimmen. ²Der Landesjugendhilfeausschuss und der Leiter oder die Leiterin der Verwaltung des Landesjugendamts sind vorher zu hören. ³Die Rechtsverordnung soll insbesondere Regelungen enthalten über

1. die Wahrnehmung der Aufgaben im Verhältnis zwischen Landesjugendhilfeausschuss und Verwaltung des Landesjugendamts,
2. die Wahl des oder der Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses sowie eines bzw. einer oder mehrerer Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen,
3. die Beschlussfähigkeit des Landesjugendhilfeausschusses,
4. den Erlass einer Geschäftsordnung des Landesjugendhilfeausschusses,
5. die Bildung von Unterausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses und die Zugehörigkeit von Personen, die nicht dem Landesjugendhilfeausschuss angehören, zu diesen Ausschüssen,
6. die Öffentlichkeit von Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses,
7. die Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses und seiner Arbeitsausschüsse.

Art. 27 Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses

(1) Dem Landesjugendhilfeausschuss gehören als stimmberechtigte Mitglieder an

1. zehn Mitglieder, die von den in Bayern wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen und von den obersten Landesjugendbehörden gemeinsam berufen werden; dabei sollen die Träger entsprechend dem Umfang und der Bedeutung ihres Wirkens für die Jugendhilfe in Bayern berücksichtigt werden,
2. zehn Mitglieder, von denen vier auf Vorschlag des Bayerischen Landkreistags, drei auf Vorschlag des Bayerischen Städtetags, zwei auf Vorschlag des Verbands der Bayerischen Bezirke und eines auf Vorschlag des Bayerischen Gemeindetags vom Staatsministerium berufen werden; unter ihnen müssen drei Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen von Jugendämtern sein,
3. fünf sonst in der Jugendhilfe tätige oder erfahrene Frauen und Männer, die einvernehmlich von den obersten Landesjugendbehörden berufen werden.

(2) ¹Dem Landesjugendhilfeausschuss gehören als beratende Mitglieder an

1. ein vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus benanntes Mitglied aus dem Bereich der Schulbehörden,
2. ein vom Staatsministerium der Justiz benanntes Mitglied aus dem Bereich der Justizbehörden,
3. ein von den Landesarbeitsagenturen Nord- und Südbayern einvernehmlich benannter Bediensteter oder eine einvernehmlich benannte Bedienstete einer Landesarbeitsagentur,
4. der Leiter oder die Leiterin der Verwaltung des Landesjugendamts,
5. ein von der Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Staatsministerium benanntes Mitglied,
6. der Präsident oder die Präsidentin des Bayerischen Jugendrings, sofern er oder sie dem Landesjugendhilfeausschuss nicht bereits als stimmberechtigtes Mitglied angehört,
7. je ein Mitglied aus dem Bereich der Katholischen und Evangelischen Kirche und der Israelitischen Kultusgemeinden, das von der zuständigen Stelle der jeweiligen Kirche bzw. dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden benannt wird.

²Leiter oder Leiterin der Verwaltung des Landesjugendamts ist der Leiter oder die Leiterin der Organisationseinheit „Landesjugendamt“ im Zentrum Bayern Familie und Soziales.

(3) Die stimmberechtigten Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses müssen nach dem Landeswahlgesetz wählbar sein.

(4) ¹Art. 18 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1, Art. 19 Abs. 4 und 5 sowie Art. 20 gelten entsprechend. ²Bei der Behandlung von Fragen des Jugendschutzes, der Drogenbekämpfung und -prävention sowie der Kriminalprävention im Landesjugendhilfeausschuss ist eine vom Staatsministerium des Innern bestimmte Person hinzuzuziehen.

Art. 28 Amtsperiode des Landesjugendhilfeausschusses, Dauer der Mitgliedschaft

(1) ¹Der Landesjugendhilfeausschuss wird alle sechs Jahre jeweils zum 1. Januar neu gebildet. ²Gleichzeitig endet die Amtsperiode des früheren Landesjugendhilfeausschusses.

(2) Die Mitgliedschaft im Landesjugendhilfeausschuss endet

1. mit der Neubildung eines Landesjugendhilfeausschusses,
2. wenn ein stimmberechtigtes Mitglied die Voraussetzungen der Wählbarkeit nach dem Landeswahlgesetz nicht mehr erfüllt,
3. wenn das Amt endet, auf Grund dessen das Mitglied dem Landesjugendhilfeausschuss angehört,

4. wenn das Mitglied von der Stelle, die es vorgeschlagen hat, abberufen wird oder
 5. wenn das Mitglied aus wichtigem Grund seinen Rücktritt erklärt; ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet der Landesjugendhilfeausschuss.
- (3) ¹Scheidet ein Mitglied vor Ablauf der Amtsperiode aus, ist ein Ersatzmitglied zu berufen. ²Für das Verfahren gilt Art. 27 entsprechend.

Art. 29

Oberste Landesjugendbehörden

- (1) Oberste Landesjugendbehörden sind das Staatsministerium und das Staatsministerium für Unterricht und Kultus.
- (2) Das Staatsministerium ist zuständig für die Leistungen und die anderen Aufgaben nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch, soweit nicht nach Abs. 3 das Staatsministerium für Unterricht und Kultus zuständig ist.
- (3) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist zuständig für die Jugendarbeit (§§ 11, 12 SGB VIII) und damit verbundene Aufgaben der Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII) einschließlich der damit zusammenhängenden Aufgaben des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§ 14 SGB VIII).

Unterabschnitt 3

Aufgaben der kreisangehörigen Gemeinden, der Bezirke und des Bayerischen Jugendrings

Art. 30

Aufgaben der kreisangehörigen Gemeinden

- (1) ¹Die kreisangehörigen Gemeinden sollen entsprechend § 79 Abs. 2 SGB VIII im eigenen Wirkungskreis und in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit dafür sorgen, dass in ihrem örtlichen Bereich die erforderlichen Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen der Jugendarbeit (§§ 11, 12 SGB VIII) rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. ²Die Gesamtverantwortung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe bleibt unberührt; er berät und unterstützt die kreisangehörigen Gemeinden bei der Erfüllung der Aufgaben nach Satz 1 und trägt erforderlichenfalls durch finanzielle Zuwendungen zur Sicherung und zum gleichmäßigen Ausbau eines bedarfsgerechten Leistungsangebots bei. ³Übersteigt eine Aufgabe nach Satz 1 die Leistungsfähigkeit einer kreisangehörigen Gemeinde oder sind Einrichtungen, Dienste oder Veranstaltungen bereitzustellen oder vorzuhalten, deren Einzugsbereich sich auf mehrere kreisangehörige Gemeinden erstreckt, hat der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe in geeigneten Fällen darauf hinzuwirken, dass die Aufgabe im Weg kommunaler Zusammenarbeit erfüllt wird, oder, falls dies nicht möglich ist, selbst dafür Sorge zu tragen. ⁴Für Dienste und Veranstaltungen der Jugendarbeit, die für Teilnehmer aus mehreren Gemeinden bestimmt sind, ist der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe unmittelbar zuständig.

(2) Für die Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe gelten §§ 4 und 74 SGB VIII sowie Art. 13 entsprechend.

(3) Die kreisangehörigen Gemeinden sind im Rahmen der in Abs. 1 Satz 1 genannten Aufgaben entsprechend § 80 Abs. 3 SGB VIII an der Jugendhilfeplanung des örtlichen Trägers zu beteiligen.

Art. 31

Aufgaben der Bezirke

(1) Die Bezirke haben die Aufgabe, im eigenen Wirkungskreis und in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit von den Aufgaben der Jugendarbeit nach § 85 Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII

1. die Errichtung und den Betrieb der erforderlichen Jugendbildungsstätten sowie
2. die Tätigkeit der Bezirksjugendringe und der anderen Träger der freien Jugendarbeit

zu fördern, soweit dies zur Sicherung eines bedarfsgerechten Angebots für die durch das Bezirksgebiet begrenzte überörtliche Gemeinschaft notwendig ist.

(2) Vor der Schaffung von Einrichtungen, die über den örtlichen Bedarf hinausgehen und in denen Hilfe zur Erziehung nach § 34 oder § 41 Abs. 2 in Verbindung mit § 34 oder Eingliederungshilfe nach § 35a Abs. 2 Nr. 4 oder § 41 Abs. 2 in Verbindung mit § 35a Abs. 2 Nr. 4 SGB VIII gewährt werden soll, ist dem Bezirk, in dessen Bereich die Einrichtung geschaffen werden soll, frühzeitig Gelegenheit zur gutachtlichen Äußerung, insbesondere zu Fragen des Bedarfs, der Konzeption, der Wirtschaftlichkeit, der Größe und des Standorts der geplanten Einrichtung, zu geben.

(3) Für die Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe gelten die §§ 4 und 74 SGB VIII sowie Art. 13 entsprechend.

(4) Die Aufgaben des Landesjugendhilfeausschusses nach § 71 Abs. 4 Satz 3 in Verbindung mit Abs. 2 SGB VIII bleiben unberührt.

Art. 32

Bayerischer Jugendring

(1) ¹Der Bayerische Jugendring ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Jugendverbänden und Jugendgemeinschaften in Bayern. ²Er hat die Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. ³Er ordnet und verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze selbst.

(2) ¹Untergliederungen des Bayerischen Jugendrings sind die Kreis- und Stadtjugendringe sowie die Bezirksjugendringe, die in den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden sowie in den Bezirken gebildet werden. ²Sie führen für ihren Bereich die Aufgaben des Bayerischen Jugendrings sowie die Aufgaben, die sie auf Grund von Vereinbarungen für kommunale Gebietskörperschaften wahrnehmen, nach Maßgabe der Satzung des Bayerischen Jugendrings in eigener Verantwortung aus.

(3) ¹Aufgabe des Bayerischen Jugendrings ist es, die Jugendarbeit in Bayern auf allen Gebieten zu fördern und sich für die Schaffung und Erhaltung positiver Lebensbedingungen für junge Menschen einzusetzen. ²Der Bayerische Jugendring soll mit den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe und anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen im Sinn des § 81 SGB VIII zum Wohl junger Menschen vertrauensvoll zusammenwirken.

(4) ¹Durch Rechtsverordnung der Staatsregierung können dem Bayerischen Jugendring für den Bereich der Jugendarbeit Aufgaben des überörtlichen Trägers der Jugendhilfe nach § 85 Abs. 2 SGB VIII zur Besorgung im Auftrag des Staates übertragen werden. ²Vor Erlass der Rechtsverordnung ist der Bayerische Jugendring zu hören. ³Dem Bayerischen Jugendring können im Weg der Vereinbarung weitere staatliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Jugendarbeit übertragen werden. ⁴Unberührt bleiben die Zuständigkeit des Landesjugendhilfeausschusses zur Behandlung von Angelegenheiten der Jugendarbeit im Gesamtzusammenhang der Jugendhilfe und der Jugendhilfeplanung nach § 71 Abs. 4 Satz 3 in Verbindung mit Abs. 2 SGB VIII, die Aufgaben der Obersten Landesjugendbehörde nach § 82 Abs. 1 SGB VIII und die Aufgaben der Bezirke nach Art. 31. ⁵Die kreisangehörigen Gemeinden, die kreisfreien Gemeinden, die Landkreise und die Bezirke können Aufgaben auf dem Gebiet der Jugendarbeit, für welche sie zuständig sind, durch Vereinbarung auf die Untergliederungen des Bayerischen Jugendrings übertragen.

(5) ¹Das Nähere über die Aufgaben des Bayerischen Jugendrings, über seine Mitglieder, den Organisationsaufbau, die Organe, die gesetzliche Vertretung und das Finanzwesen wird durch die Satzung des Bayerischen Jugendrings geregelt. ²Die Satzung bedarf der rechtsaufsichtlichen Genehmigung und wird im Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst veröffentlicht.

(6) ¹Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus führt die Rechtsaufsicht über den Bayerischen Jugendring und seine Untergliederungen, bei den nach Abs. 4 Sätze 1 und 3 übertragenen Aufgaben auch eine Fachaufsicht. ²Die für die Gemeinden geltenden Vorschriften über die Aufsicht gelten sinngemäß.

(7) ¹Zur Finanzierung der vom Staat übertragenen Aufgaben auf Landesebene erhält der Bayerische Jugendring regelmäßige staatliche Zuwendungen nach Maßgabe des Staatshaushalts. ²In den Vereinbarungen der kommunalen Gebietskörperschaften mit Untergliederungen des Bayerischen Jugendrings nach Abs. 4 Satz 5 sind Regelungen über die Höhe der Zuwendungen der kommunalen Gebietskörperschaften zu treffen.

Unterabschnitt 4 Träger der freien Jugendhilfe

Art. 33 Anerkennung

(1) Für die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII sind zuständig

1. das Jugendamt, in dessen Bezirk der Träger seinen Sitz hat, wenn sich die Tätigkeit des Trägers nicht wesentlich über den Jugendamtsbezirk hinaus erstreckt,
2. die Regierung, in deren Bezirk der Träger seinen Sitz hat, wenn sich die Tätigkeit des Trägers zwar auf mehrere Jugendamtsbezirke, aber nicht wesentlich über den Regierungsbezirk hinaus erstreckt,
3. das Landesjugendamt für Träger, deren Tätigkeit sich zwar auf mehrere Regierungsbezirke, aber nicht über Bayern hinaus erstreckt; dies gilt nicht für Jugendverbände und Jugendgemeinschaften sowie andere Träger, die überwiegend auf dem Gebiet der Jugendarbeit tätig sind,
4. die zuständige oberste Landesjugendbehörde in den übrigen Fällen.

(2) ¹Die Anerkennung eines Trägers erstreckt sich auch auf die ihm angehörenden rechtlich selbständigen Mitgliedsorganisationen, wenn sie sich auf dem Gebiet der Jugendhilfe betätigen und mit dem Träger durch gleichgerichtete Satzung und gleiche Betätigung zu einer organisatorischen Einheit verbunden sind. ²Die im Zeitpunkt der Anerkennung bestehenden und einbezogenen rechtlich selbständigen Mitgliedsorganisationen sind im Anerkennungsbescheid zu nennen. ³Auf später hinzukommende rechtlich selbständige Mitgliedsorganisationen erstreckt sich die Anerkennung nur, wenn die für sie zuständige Anerkennungsbehörde festgestellt hat, dass sie die Voraussetzungen des Satzes 1 erfüllen.

(3) ¹Die am 1. Januar 2007 auf Landesebene zusammengeschlossenen Verbände der freien Wohlfahrtspflege sind anerkannte Träger der freien Jugendhilfe. ²Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) ¹Der Bayerische Jugendring und die am 1. Januar 2007 zusammengeschlossenen Jugendverbände und Jugendgemeinschaften sind anerkannte Träger der freien Jugendhilfe. ²Werden Jugendverbände und Jugendgemeinschaften nach dem 1. Januar 2007 in den Bayerischen Jugendring aufgenommen, gelten sie damit als anerkannte Träger der freien Jugendhilfe. ³Sollen Jugendverbände und Jugendgemeinschaften sowie andere Träger, die überwiegend auf dem Gebiet der Jugendarbeit tätig sind, durch Behörden nach Abs. 1 anerkannt werden, so ist der Bayerische Jugendring vor der Entscheidung zu hören.

(5) ¹Ein anerkannter Träger hat der nach Abs. 1 für die Anerkennung zuständigen Behörde Änderungen in den für die Anerkennung maßgeblichen Umständen unverzüglich mitzuteilen; dies gilt auch für Änderungen bei seinen Untergliederungen und Mitgliedsorganisationen. ²Wenn sich die Anerkennung auf rechtlich selbständige Mitgliedsorganisationen erstreckt, sind auch diese zur Mitteilung nach Satz 1 verpflichtet.

Abschnitt 3
Schutz von Kindern und Jugendlichen
in Familienpflege

Unterabschnitt 1
Pflegeerlaubnis und Aufsicht

Art. 34
Pflegeerlaubnis

(1) ¹Die Pflegeerlaubnis nach § 44 Abs. 1 SGB VIII ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Jugendamt zu beantragen. ²Sie ist schriftlich zu erteilen und gilt nur für die in ihr bezeichneten Kinder und Jugendlichen.

(2) ¹Die Pflegeerlaubnis soll bei gleich geeigneten Personen vorzugsweise Eheleuten, sie kann auch Einzelpersonen erteilt werden. ²Der Altersunterschied zwischen Pflegepersonen und dem Kind oder dem bzw. der Jugendlichen soll einem Eltern-Kind-Verhältnis entsprechen.

Art. 35
Versagungsgründe

¹Die Pflegeerlaubnis nach § 44 Abs. 1 SGB VIII ist zu versagen, wenn das Wohl des Kindes oder des bzw. der Jugendlichen in der Pflegestelle nicht gewährleistet ist. ²Sie ist insbesondere zu versagen, wenn

1. eine Pflegeperson nicht über ausreichende erzieherische Fähigkeiten verfügt, die dem Entwicklungsstand und den jeweiligen erzieherischen Bedürfnissen des Kindes oder des bzw. der Jugendlichen gerecht werden,
2. die Aufnahme des Pflegekindes nicht mit dem Wohl aller in der Familie einer Pflegeperson lebender Kinder und Jugendlicher vereinbar oder eine Pflegeperson mit der Betreuung eines weiteren Kindes oder eines bzw. einer weiteren Jugendlichen überfordert ist; davon ist in der Regel auszugehen, wenn sich bereits drei Pflegekinder in der Pflegestelle befinden,
3. eine Pflegeperson nicht die Gewähr dafür bietet, dass die von den Personensorgeberechtigten bestimmte Grundrichtung der Erziehung einschließlich der religiösen oder weltanschaulichen Erziehung beachtet wird,
4. Anhaltspunkte bestehen, dass eine Pflegeperson oder eine in ihrem Haushalt lebende Person das sittliche Wohl des Kindes oder des bzw. der Jugendlichen gefährden könnte,
5. die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Pflegeperson und ihre Haushaltsführung offensichtlich nicht geordnet sind,
6. eine Pflegeperson oder die in ihrem Haushalt lebenden Personen an einer Krankheit leiden, die das Wohl des Kindes oder des bzw. der Jugendlichen nicht nur unerheblich gefährdet, oder
7. nicht ausreichender Wohnraum für die Kinder oder Jugendlichen und die im Haushalt lebenden Personen vorhanden ist.

Art. 36
Rücknahme, Widerruf, Erlöschen der Pflegeerlaubnis

(1) ¹Die Pflegeerlaubnis ist zurückzunehmen oder zu widerrufen, wenn sich herausstellt, dass bei ihrer Erteilung einer der Versagungsgründe des Art. 35 vorgelegen hat oder nunmehr vorliegt oder in sonstiger Weise das Wohl des Kindes oder des bzw. der Jugendlichen gefährdet ist, und die Pflegeperson nicht bereit oder in der Lage ist, die Gefährdung abzuwenden. ²Vor der Rücknahme oder dem Widerruf ist zu prüfen, ob durch geeignete Hilfen das Weiterbestehen des Pflegeverhältnisses sichergestellt werden kann.

(2) Die Pflegeerlaubnis erlischt, wenn

1. das Pflegeverhältnis mit Einverständnis der Pflegeperson gelöst wird und das Kind oder der bzw. die Jugendliche die Pflegestelle verlässt,
2. das Kind oder der bzw. die Jugendliche in berechtigter Ausübung des Aufenthaltsbestimmungsrechts auf Dauer oder nach § 42 Abs. 1 SGB VIII oder auf richterliche Anordnung aus der Pflegestelle herausgenommen wird, oder
3. das Kind oder der bzw. die Jugendliche länger als sechs Monate ununterbrochen nicht in der Pflegestelle gelebt hat.

Art. 37
Mitteilungspflicht

(1) Eine Pflegeperson, die der Erlaubnis nach § 44 Abs. 1 SGB VIII bedarf, ist insbesondere verpflichtet, dem für den gewöhnlichen Aufenthalt der Pflegeperson zuständigen Jugendamt jeden Wohnungswechsel sowie das Auftreten ansteckender oder sonstiger Krankheiten, die das Wohl des Kindes oder des bzw. der Jugendlichen nicht nur unerheblich gefährden können, unverzüglich mitzuteilen.

(2) ¹Ist einer verheirateten Pflegeperson die Pflegeerlaubnis erteilt, hat sie dem Jugendamt unverzüglich mitzuteilen, wenn ein Ehepartner oder eine Ehepartnerin Klage auf Scheidung, Aufhebung oder Nichtigerklärung der Ehe erhebt. ²Stirbt ein Ehepartner oder eine Ehepartnerin, so hat der überlebende Ehegatte oder die überlebende Ehegattin dies dem Jugendamt unverzüglich mitzuteilen.

(3) ¹Abs. 1 und 2 gelten auch für erlaubnisfreie Pflegeverhältnisse, wenn Hilfe zur Erziehung nach § 32 Satz 2 oder § 33 oder Eingliederungshilfe nach § 35a Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SGB VIII geleistet wird. ²Die Mitteilung ist in diesen Fällen gegenüber dem für die Leistungsgewährung zuständigen Jugendamt abzugeben. ³Hat auf Grund einer Vereinbarung mit dem zuständigen Jugendamt ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe eine Tagespflegestelle vermittelt (§ 23 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII), so ist die Mitteilung abweichend von Satz 2 gegenüber diesem Träger der freien Jugendhilfe abzugeben. ⁴Ergeben sich auf Grund der Mitteilung Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls des in der Tagespflegestelle betreuten Kindes, die vom anerkannten Träger der freien Jugendhilfe nicht abgewendet werden kann, so hat dieser das Jugendamt unverzüglich zu unterrichten.

Art. 38 Rechte des Jugendamts

(1) ¹Eine Pflegeperson, die der Erlaubnis nach § 44 Abs. 1 SGB VIII bedarf, hat den Bediensteten des Jugendamts auf Verlangen Auskunft über die Pflegestelle und das Kind oder den Jugendlichen bzw. die Jugendliche zu erteilen. ²Den Bediensteten des Jugendamts ist zu gestatten, Verbindung mit dem Kind oder dem bzw. der Jugendlichen aufzunehmen und die Räume, die seinem oder ihrem Aufenthalt dienen, zu betreten. ³Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Pflegeverhältnisse, in denen Hilfe zur Erziehung nach § 32 Satz 2 oder § 33 oder Eingliederungshilfe nach § 35a Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII geleistet wird. ⁴Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Abs. 1 des Grundgesetzes, Art. 106 Abs. 3 der Verfassung) wird insoweit eingeschränkt.

(2) Die Bediensteten des Jugendamts oder seine Beauftragten haben beim Betreten der Wohnung der Pflegeperson ihren Dienstausweis oder einen vom Jugendamt ausgestellten Ausweis auf Verlangen vorzuzeigen.

Art. 39 Untersagung der Pflegestellenvermittlung

Das Jugendamt hat ungeeigneten Personen und Vereinigungen die Vermittlung von Pflegestellen zu untersagen.

Art. 40 Untersagung der Pfllegetätigkeit

¹Das Jugendamt kann einer ungeeigneten Person, die nach § 43 Abs. 1 SGB VIII oder § 44 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII keiner Erlaubnis bedarf, untersagen, ein Kind oder einen Jugendlichen bzw. eine Jugendliche in ihrer Familie regelmäßig zu betreuen oder ihm oder ihr Unterkunft zu gewähren. ²Das gleiche gilt, wenn eine Pflegeerlaubnis wegen eines Versagungsgrundes nach Art. 35 verweigert werden müsste.

Unterabschnitt 2 Pflegevereinbarung

Art. 41 Pflegevereinbarung

(1) Bei der Erfüllung seiner Beratungspflichten nach § 37 Abs. 2 SGB VIII soll das Jugendamt darauf hinwirken, dass zwischen den Personensorgeberechtigten und der Pflegeperson eine vertragliche Vereinbarung über die Ausgestaltung des Pflegeverhältnisses abgeschlossen wird (Pflegevereinbarung).

(2) ¹Wird das Pflegeverhältnis im Rahmen von Hilfe zur Erziehung oder im Rahmen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen nach den Vorschriften des Achten Buches Sozialgesetzbuch begründet, soll die Pflegevereinbarung insbesondere Regelungen enthalten über die voraussichtliche Dauer des Pflegeverhältnisses, über vereinbarte Besuchskontakte, über die Entgegennahme von Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder des bzw.

der Jugendlichen nach § 39 SGB VIII, über die Ausübung von Aufgaben der Personensorge durch die Pflegeperson und über die von den Personensorgeberechtigten bestimmte Grundrichtung der Erziehung. ²Das Jugendamt hat die Personensorgeberechtigten und die Pflegeperson auf § 38 SGB VIII hinzuweisen.

(3) ¹Auf Verlangen soll das Jugendamt die Personensorgeberechtigten und die Pflegeperson auch beraten und beim Abschluss einer Pflegevereinbarung unterstützen, wenn ein Pflegeverhältnis weder im Rahmen von Hilfe zur Erziehung noch im Rahmen von Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen begründet wird. ²Über die Regelungen nach Abs. 2 Satz 1 hinaus soll die Pflegevereinbarung Regelungen enthalten über die Sicherstellung des Lebensbedarfs des Kindes oder des bzw. der Jugendlichen während der Pflege, die Kosten der Erziehung und eventuell gesondert zu ersetzende Aufwendungen.

Unterabschnitt 3 Finanzielle Leistungen, Zuständigkeiten

Art. 42 Tagespflege

(1) Als Vermittlung im Sinn des § 23 Abs. 1 SGB VIII gilt auch eine Vermittlung durch einen anerkannten Träger der freien Jugendhilfe, der auf Grund einer Vereinbarung mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe eine Stelle zur Vermittlung von Tagespflege eingerichtet hat.

(2) Die Aufwendungen der Tagespflegeperson nach § 23 Abs. 1 und 2 SGB VIII einschließlich der Kosten der Erziehung sollen in einem monatlichen Pauschalbetrag ersetzt werden.

(3) Zuständige Behörden für die Festsetzung der Pauschalbeträge für Tagespflege sind die Jugendämter.

(4) Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Mindestsätze für die Pauschalbeträge nach Abs. 2 festzulegen; dabei können bei Bedarf örtliche Unterschiede berücksichtigt werden.

Art. 43 Vollzeitpflege

(1) Zuständige Behörden für die Festsetzung der Pauschalbeträge nach § 39 Abs. 5 Satz 1 und nach § 41 Abs. 2 in Verbindung mit § 39 Abs. 5 Satz 1 SGB VIII sind die Jugendämter.

(2) Art. 42 Abs. 4 gilt entsprechend.

Abschnitt 4 Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen

Art. 44 Rechtsverordnung

Die Staatsregierung kann durch Rechtsverordnung die Mindestvoraussetzungen festlegen, die erfüllt sein müssen,

damit das Wohl von Kindern und Jugendlichen in nach § 45 SGB VIII erlaubnispflichtigen Einrichtungen oder in sonstigen Wohnformen im Sinn des § 48a SGB VIII gewährleistet ist.

Art. 45 Zuständigkeit für die Aufsicht

(1) ¹Zuständige Behörden für die Aufgaben nach §§ 45 bis 48a SGB VIII sind die Regierungen. ²Die Aufgaben des überörtlichen Trägers der Jugendhilfe nach § 85 Abs. 2 Nrn. 2 bis 5 und 7 SGB VIII werden, soweit sie sich auf die Anregung, Planung und den Betrieb einzelner erlaubnispflichtiger Einrichtungen und die damit zusammenhängenden Beratungsaufgaben beziehen, von den Regierungen wahrgenommen.

(2) Für Kindertageseinrichtungen im Sinn des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und des § 45 SGB VIII nehmen die nach Art. 28 Satz 2 BayKiBiG zuständigen Behörden die Meldungen nach § 47 SGB VIII entgegen.

Art. 46 Untersagung des Betriebs einer Einrichtung

Wird eine Einrichtung im Sinn des § 45 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII sowie eine Einrichtung nach Art. 9 BayKiBiG oder eine sonstige Wohnform im Sinn des § 48a Abs. 1 SGB VIII ohne die erforderliche Erlaubnis betrieben, so kann die für die Erteilung der Erlaubnis zuständige Behörde den weiteren Betrieb der Einrichtung oder der sonstigen Wohnform ganz oder teilweise untersagen.

Art. 47 Erteilung von Auskünften

Der Träger einer Einrichtung im Sinn des § 45 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII oder des Art. 9 des Bayerischen Gesetzes zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindergärten, anderen Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege (BayKiBiG) oder einer sonstigen Wohnform im Sinn des § 48a Abs. 1 SGB VIII und deren Leiter oder Leiterin sind verpflichtet, der nach Art. 45 zuständigen Behörde auf Verlangen die für den Vollzug der §§ 45 bis 48a SGB VIII erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Art. 48 Mitwirkung des Jugendamts

(1) ¹Das Jugendamt, in dessen Bereich die nach § 45 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII erlaubnispflichtige Einrichtung oder die sonstige Wohnform im Sinn des § 48a Abs. 1 SGB VIII gelegen ist, hat die nach Art. 45 zuständige Behörde bei ihren Aufgaben nach den §§ 45 bis 48a SGB VIII zu unterstützen. ²Art. 47 gilt entsprechend.

(2) ¹Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 45 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII sind bei dem Jugendamt einzureichen, in dessen Bereich die Einrichtung oder die sonstige Wohnform im Sinn des § 48a Abs. 1 SGB VIII gelegen ist. ²Das

Jugendamt legt die Anträge mit seiner Stellungnahme der nach Art. 45 zuständigen Behörde vor.

(3) ¹Der Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung oder einer sonstigen Wohnform im Sinn des § 48a Abs. 1 SGB VIII hat die Meldungen nach § 47 Abs. 1 SGB VIII gegenüber dem Jugendamt abzugeben, in dessen Bereich die Einrichtung oder die sonstige Wohnform gelegen ist. ²Das Jugendamt leitet die Meldungen unverzüglich an die nach Art. 45 zuständige Behörde weiter.

(4) Abs. 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe selbst Träger der Einrichtung oder der sonstigen Wohnform im Sinn des § 48a Abs. 1 SGB VIII ist.

Art. 49 Festsetzung des Barbetrags

¹Zuständige Behörde im Sinn des § 39 Abs. 2 Satz 3 und des § 41 Abs. 2 in Verbindung mit § 39 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII ist das Staatsministerium. ²Es setzt die Barbeträge im Einvernehmen mit den Staatsministerien des Innern und der Finanzen fest.

Abschnitt 5 Kosten, Kostenerstattung

Art. 50 Geltendmachung des Kostenbeitrags

¹Besteht der Kostenbeitrag nach den §§ 91 ff. SGB VIII in regelmäßig wiederkehrenden Leistungen, so kann der öffentliche Träger der Jugendhilfe im Leistungsbescheid auch künftig fällig werdende Ansprüche geltend machen. ²Zugleich mit der Pfändung fälliger Ansprüche kann auch künftig fällig werdendes Arbeitseinkommen wegen der dann jeweils fällig werdenden Ansprüche gepfändet und überwiesen werden.

Art. 51 Kostenbeteiligung des Staates und der Bezirke

(1) Von den Kosten der Unterbringung Minderjähriger oder Volljähriger, denen Hilfe zur Erziehung nach § 34 oder § 41 Abs. 2 in Verbindung mit § 34 SGB VIII oder Eingliederungshilfe nach § 35a Abs. 2 Nr. 4 oder § 41 Abs. 2 in Verbindung mit § 35a Abs. 2 Nr. 4 SGB VIII gewährt wird, trägt die kreisfreie Gemeinde oder der Landkreis einen Grundbetrag von 20,45 € pro Kalendertag der Unterbringung.

(2) ¹An den Kosten der Unterbringung, die nach Abzug der Grundbeträge nach Abs. 1 und der Einnahmen der Jugendämter verbleiben, beteiligen sich der Staat und die Bezirke jeweils mit einem Festbetrag. ²Der Festbetrag beträgt für die Bezirke jährlich 28,12 Millionen Euro, für den Staat jährlich 16,87 Millionen Euro. ³Den Rest der Kosten tragen die kreisfreien Gemeinden und die Landkreise.

(3) ¹Der Staat leistet einen Ausgleich zu den Aufwendungen, die den Bezirken nach Abs. 2 erwachsen. ²Der Aus-

gleich richtet sich danach, wie hoch ein Bezirk, gemessen an seiner Umlagekraft mit der Kostenbeteiligung nach Abs. 2 belastet ist. ³Derjenige Teil der Belastungen, der den Landesdurchschnitt übersteigt, wird vom Staat ersetzt.

(4) Das Nähere regelt eine Rechtsverordnung der Staatsregierung.

Art. 52 Kostenerstattung

¹Für die Kostenerstattung nach §§ 89, 89a Abs. 2, § 89b Abs. 2, § 89c Abs. 3, § 89d und § 89e Abs. 2 SGB VIII sind die Bezirke zuständig; sie handeln hierbei im eigenen Wirkungsbereich. ²Insoweit obliegt die Aufsicht den Regierungen.

Art. 53 Vorläufige Leistung

(1) ¹Steht nicht fest, ob eine Maßnahme im Rahmen der Eingliederungshilfe für Behinderte nach den §§ 53 ff. SGB XII oder im Rahmen der Jugendhilfe nach den §§ 32 bis 35a oder § 41 in Verbindung mit den §§ 33 bis 35a SGB VIII zu gewähren ist, hat bis zur Klärung der Zuständigkeit das örtlich zuständige Jugendamt Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch zu erbringen. ²Das Jugendamt teilt dies dem möglicherweise zuständigen Träger der Sozialhilfe unverzüglich mit. ³Der Träger der Sozialhilfe hat dem vorläufig eingetretenen Träger der Jugendhilfe die nach Satz 1 erbrachten Leistungen zu erstatten, sobald seine Zuständigkeit feststeht.

(2) ¹Wird bereits Eingliederungshilfe für Behinderte nach §§ 53 ff. SGB XII oder Jugendhilfe nach §§ 32 bis 35a oder nach § 41 in Verbindung mit den §§ 33 bis 35a SGB VIII gewährt und wird strittig, welche dieser Hilfen künftig zu gewähren ist, bleibt der bisher leistende Träger so lange zur Weitergewährung verpflichtet, bis die sachliche Zuständigkeit feststeht. ²Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(3) ¹Der Umfang des Erstattungsanspruchs richtet sich nach den für den vorleistenden Träger geltenden Vorschriften. ²Dabei gelten die Grundsätze des Hilfe leistenden Trägers für die Gewährung von Sozialhilfe oder Jugendhilfe zur Zeit der Hilfestellung.

Abschnitt 6 Jugendschutzbestimmungen

Art. 54 Mitteilungspflicht

Die Dienststellen des Staates und der Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie die Träger der freien Jugendhilfe sollen Tatsachen, die eine Gefährdung junger Menschen annehmen lassen, dem für den Aufenthaltsort der jungen Menschen zuständigen Jugendamt unverzüglich mitteilen.

Art. 55 Aufgaben und Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz

(1) Der Vollzug des § 8 des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) obliegt der Polizei.

(2) Oberste Landesbehörde im Sinn des Jugendschutzgesetzes ist das Staatsministerium.

(3) Der Vollzug des § 28 JuSchG obliegt den Kreisverwaltungsbehörden.

Art. 56 Zusammenwirken von Polizei und Jugendamt

(1) ¹Das Jugendamt hat bei der Polizei solche Maßnahmen zum Schutz junger Menschen anzuregen, die polizeiliche Aufgaben sind, und die Polizei bei der Durchführung der Maßnahmen zu beraten und im Rahmen der eigenen Aufgaben zu unterstützen. ²Es hat ferner für eine geeignete Inobhutnahme der Kinder oder Jugendlichen zu sorgen, die ihm nach § 8 JuSchG zugeführt werden.

(2) ¹Um darüber zu wachen, dass die Vorschriften des Jugendschutzgesetzes beachtet werden, ist die Polizei befugt, die Räume der in Abs. 4 näher bezeichneten Betriebe während der Arbeits-, Geschäfts- oder Aufenthaltszeit zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen und in die geschäftlichen Unterlagen Einsicht zu nehmen. ²An diesen Überwachungsmaßnahmen können Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen des Jugendamts teilnehmen. ³Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Abs. 1 des Grundgesetzes, Art. 106 Abs. 3 der Verfassung) wird insoweit eingeschränkt.

(3) ¹Ist eine Prüfung von Trägermedien im Sinn des § 1 Abs. 2 JuSchG in den Räumen des Betriebs nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten möglich, ist der Inhaber oder die Inhaberin der tatsächlichen Gewalt über die Trägermedien verpflichtet, diese zur Prüfung außerhalb der Räume des Betriebs auszuhändigen. ²Auf Verlangen ist darüber eine Bescheinigung zu erteilen. ³Die Trägermedien sollen spätestens nach drei Arbeitstagen zurückgegeben werden, wenn nicht nach anderen Vorschriften eine Beschlagnahme angeordnet oder beantragt worden ist.

(4) Der Überwachung nach den Abs. 2 und 3 unterliegen Betriebe, die geschäftsmäßig Trägermedien einschließlich der durch § 1 Abs. 2 JuSchG gleichgestellten Darstellungen

1. verbreiten,
2. öffentlich ausstellen, anschlagen, vorführen oder sonst zugänglich machen oder
3. herstellen, beziehen, liefern, vorrätig halten, anbieten, ankündigen, anpreisen, verkaufen, vermieten oder durch vergleichbare Gewährung des Gebrauchs überlassen.

Art. 57**Ausnahmen vom Jugendschutz**

Für den Vollzug des § 4 Abs. 4, des § 5 Abs. 3 und des § 7 JuSchG sind die Jugendämter zuständig.

Abschnitt 7**Aufsicht, Zuständigkeiten****Art. 58****Fachliche Anforderungen an Urkundspersonen**

Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Näheres über die fachlichen Anforderungen an Urkundspersonen im Sinn des § 59 SGB VIII zu regeln.

Art. 59**Aufsicht des Vormundschaftsgerichts**

¹Über § 56 Abs. 2 SGB VIII hinaus ist das Jugendamt als Amtsvormund oder Amtspfleger auch von der Aufsicht des Vormundschaftsgerichts nach § 1802 Abs. 1, §§ 1812, 1819 und 1820 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) ausgenommen. ²Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Rahmen des § 56 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII weitergehende Ausnahmen von den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Vormundschaft über Minderjährige zuzulassen. ³Unter den Voraussetzungen des § 56 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII ist bei der Bereithaltung und Anlegung von Mündelgeld auf Sammelkonten des Jugendamts eine Genehmigung des Vormundschaftsgerichts nicht erforderlich.

Art. 60**Vereinsvormundschaften**

(1) Einem rechtsfähigen Verein, der die Voraussetzungen nach § 54 Abs. 2 SGB VIII erfüllt, ist die Erlaubnis nach § 54 Abs. 1 SGB VIII zu erteilen, wenn

1. die Leitung der Arbeit einer oder mehreren nach Ausbildung oder Berufserfahrung geeigneten Fachkräften übertragen ist, die nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis oder in einer anderen engen Beziehung zu Einrichtungen stehen, in denen Personen, für die der Verein als Pfleger, Vormund oder Beistand bestellt ist, untergebracht sind oder wohnen,
2. er sich verpflichtet, dem Landesjugendamt jährlich einen Tätigkeitsbericht vorzulegen, der insbesondere Auskunft über Zahl und Art der übernommenen Pflugeschaften, Vormundschaften und Beistandschaften für Kinder und Jugendliche sowie die Zahl der vom Verein in ihre Aufgaben eingeführten, fortgebildeten und beratenen Einzelvormünder, -pfleger oder -pflegerinnen und -beistände gibt.

(2) Das Landesjugendamt erlässt die zur Ausführung des Abs. 1 erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

Art. 61**Vereinsbeistandschaften**

(1) ¹Mit Zustimmung des Elternteils oder Vormunds, der eine Beistandschaft nach § 1712 BGB beantragt hat, kann das Jugendamt diese durch schriftliche Erklärung einem rechtsfähigen Verein übertragen, dem dazu eine Erlaubnis nach § 54 SGB VIII erteilt worden ist. ²Das Jugendamt weist auf die Möglichkeit der Übertragung der Beistandschaft hin und soll diese übertragen, wenn der Elternteil oder Vormund dies wünscht und die Übertragung dem Wohl des Kindes nicht widerspricht. ³Die Übertragung bedarf der Einwilligung des Vereins.

(2) ¹Das schriftliche Verlangen nach Beendigung der Beistandschaft nach § 1715 Abs. 1 Satz 1 BGB ist an das Jugendamt zu richten; dieses teilt die Beendigung der Beistandschaft unverzüglich dem Verein mit. ²Das Jugendamt hat die Übertragung der Beistandschaft zurückzunehmen, wenn es der antragsberechtigte Elternteil oder Vormund schriftlich verlangt.

Art. 62**Zuständigkeit nach dem Unterhaltsvorschussgesetz**

¹Die Jugendämter sind zuständig für den Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes. ²Die kreisfreien Gemeinden und die Landkreise handeln dabei im übertragenen Wirkungskreis.

Art. 63**Zuständigkeit nach dem Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit**

¹Zuständige Behörde im Sinn des § 70g Abs. 5 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist bei der Zuführung zur Unterbringung nach § 70 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 Buchst. a des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit das Jugendamt. ²Aufgabe des Jugendamts ist es, die in § 70g Abs. 5 Satz 1 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit genannten Personen sozialpädagogisch zu beraten und zu unterstützen. ³Ist im Einzelfall die Anwendung von Gewalt nach § 70g Abs. 5 Satz 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zulässig und notwendig, ist die tatsächliche Anwendung von Gewalt der Polizei zu überlassen.

Art. 64**Zuständigkeit bei Maßnahmen für mehrfach behinderte junge Menschen und bei Maßnahmen der Frühförderung für Kinder**

(1) Hat ein junger Mensch neben einer körperlichen oder geistigen Behinderung, die Maßnahmen der Eingliederungshilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch erfordert, auch eine seelische Behinderung, die die gleichen Maßnahmen der Eingliederungshilfe nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch erfordert, oder ist er von einer solchen Mehrfachbehinderung bedroht, so werden diese Maßnahmen der Eingliederungshilfe durch die Träger der Sozi-

alhilfe nach den Vorschriften des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch gewährt.

(2) ¹Maßnahmen der Frühförderung für Kinder werden unabhängig von der Art der Behinderung von den Trägern der Sozialhilfe nach den Vorschriften des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch gewährt. ²Die schulrechtlichen Bestimmungen über den sonderpädagogischen Teil der Frühförderung bleiben unberührt.

Art. 65 Ermächtigungen

Die Staatsregierung kann die Ermächtigungen nach Art. 23 Abs. 3 Satz 2, Art. 26 Abs. 2 Satz 1, Art. 42 Abs. 4, Art. 43 Abs. 2, Art. 44, Art. 51 Abs. 4, Art. 58 und Art. 59 Satz 2 auf bestimmte Staatsministerien übertragen.

Abschnitt 8 Ordnungswidrigkeiten

Art. 66 Ordnungswidrigkeiten

Mit Geldbuße kann belegt werden, wer entgegen

1. einer vollziehbaren Anordnung nach Art. 39 Pflegestellen vermittelt,
2. einer vollziehbaren Anordnung nach Art. 40 ein Kind oder einen Jugendlichen bzw. eine Jugendliche in seiner Familie regelmäßig betreut oder ihm bzw. ihr Unterkunft gewährt.

Teil 8 Vorschriften für den Bereich des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch

- Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz -

Art. 67 Amtliche Beglaubigungen

Zur amtlichen Beglaubigung von

1. Abschriften nach § 29 Abs. 1 Satz 2 und Unterlagen im Sinn von § 29 Abs. 4 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) und
2. Unterschriften und Handzeichen nach § 30 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 SGB X

sind die Behörden des Freistaates Bayern, der Gemeinden und der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts befugt, soweit sie eine öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit nach dem Sozialgesetzbuch ausüben (§ 1 Abs. 1 Satz 1 SGB X).

Teil 9 Vorschriften für den Bereich des Elften Buches Sozialgesetzbuch

- Soziale Pflegeversicherung -

Art. 68 Zweck und Geltungsbereich

(1) Zweck der Vorschriften dieses Teils ist es, im Freistaat Bayern eine bedarfsgerechte, leistungsfähige, regional gegliederte, ortsnahe und aufeinander abgestimmte ambulante, teilstationäre und vollstationäre Versorgung der Bevölkerung mit Pflegeeinrichtungen zu gewährleisten.

(2) Zu diesem Zweck haben die zuständigen Behörden des Freistaates Bayern, die Gemeinden, die Landkreise und die Bezirke, die Träger der Pflegeeinrichtungen und die Pflegekassen unter Beteiligung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung eng und vertrauensvoll im Interesse der Pflegebedürftigen zusammenzuwirken.

(3) Die Vorschriften dieses Teils gelten für alle ambulanten, teilstationären und vollstationären Pflegeeinrichtungen im Freistaat Bayern, auf die das Elfte Buch Sozialgesetzbuch Anwendung findet.

Art. 69 Bedarfsermittlung

(1) Die nach den Art. 71, 72 und 73 zuständigen Aufgabenträger stellen im Benehmen mit den Gemeinden, den örtlichen und regionalen Arbeitsgemeinschaften der Pflegekassen, den überörtlichen Trägern der Sozialhilfe und den Trägern der Pflegeeinrichtungen den für ihren Bereich erforderlichen längerfristigen Bedarf an Pflegeeinrichtungen fest.

(2) Die Bedarfsermittlung ist Bestandteil eines integrativen, regionalen seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes, das nach dem Grundsatz ‚ambulant vor stationär‘ die Lebenswelt älterer Menschen mit den notwendigen Versorgungsstrukturen sowie neue Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen im ambulanten Bereich umfasst.

Art. 70 Subsidiaritätsprinzip

Die nach den Art. 71, 72 und 73 zuständigen Aufgabenträger sollen eigene Einrichtungen nur schaffen, soweit geeignete Einrichtungen der Kirchen und der Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts sowie der Verbände der freien Wohlfahrtspflege, der freigemeinnützigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen oder privater Träger nicht vorhanden sind, ausgebaut oder geschaffen werden.

Art. 71
Ambulante Einrichtungen

¹Die Landkreise und die kreisfreien Gemeinden haben als zuständige Aufgabenträger die Pflicht, darauf hinzuwirken, dass bedarfsgerechte Pflegedienste im Sinn des § 71 Abs. 1 SGB XI rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. ²Sie erfüllen dadurch eine Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis. ³Abweichend von den Sätzen 1 und 2 ist die Hinwirkungsverpflichtung bezüglich der Pflegedienste für psychisch kranke Menschen sowie von überregionalen Pflegediensten für behinderte Menschen, deren Tätigkeit mindestens den Bereich einer Region im Sinn des Bayerischen Landesplanungsgesetzes umfasst, Pflichtaufgabe der Bezirke im eigenen Wirkungskreis.

Art. 72
Teilstationäre Einrichtungen
sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege

¹Die Landkreise und die kreisfreien Gemeinden haben als zuständige Aufgabenträger die Pflicht, darauf hinzuwirken, dass bedarfsgerechte teilstationäre Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. ²Sie erfüllen dadurch eine Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis. ³Abweichend von den Sätzen 1 und 2 ist die Hinwirkungsverpflichtung bezüglich entsprechender Einrichtungen für behinderte oder psychisch kranke Menschen Pflichtaufgabe der Bezirke im eigenen Wirkungskreis.

Art. 73
Vollstationäre Einrichtungen

¹Die Bezirke haben als zuständige Aufgabenträger die Pflicht, darauf hinzuwirken, dass bedarfsgerechte vollstationäre Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. ²Sie erfüllen dadurch eine Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis. ³Abweichend von den Sätzen 1 und 2 ist die Hinwirkungsverpflichtung bezüglich entsprechender Einrichtungen der Altenpflege Pflichtaufgabe der Landkreise und der kreisfreien Gemeinden im eigenen Wirkungskreis.

Art. 74
Förderung

(1) ¹Die Landkreise, die kreisfreien Gemeinden und die Bezirke sind im Rahmen ihrer Hinwirkungsverpflichtung zur Förderung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen von bedarfsgerechten Pflegeeinrichtungen in den Bereichen Behindertenpflege und Pflege für psychisch Kranke verpflichtet. ²Einrichtungen der Altenpflege können nach Maßgabe der in den Kommunalhaushalten bereitgestellten Mittel gefördert werden.

(2) ¹Der Staat beteiligt sich in den Bereichen Behindertenpflege und Pflege für psychisch Kranke nach Maßgabe der im Staatshaushalt bereitgestellten Mittel an der Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen von bedarfsgerechten teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege durch die Ge-

währung von Zuwendungen. ²Die staatliche Förderung setzt jeweils eine Beteiligung der zur Hinwirkung Verpflichteten an der Finanzierung in gleicher Höhe voraus.

(3) ¹Eine Förderung nach den Vorschriften der Abs. 1 und 2 erfolgt nicht, soweit Investitionsaufwendungen auf Grund anderer Vorschriften gefördert werden. ²Die Gewährung pauschaler Ausgleichszahlungen nach Art. 17 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Krankenhausgesetzes (BayKrG) bleibt dabei unberücksichtigt.

(4) ¹Die Förderung kann in Form von Investitionspauschalen erfolgen. ²Ein Rechtsanspruch auf Förderung wird erst durch die Bewilligung von Fördermitteln begründet.

(5) Die staatliche Förderung ambulanter Einrichtungen außerhalb des Leistungsbereichs des Elften Buches Sozialgesetzbuch bleibt nach Maßgabe der im Staatshaushalt bereitgestellten Mittel unberührt.

Art. 75
Mitwirkung kreisangehöriger Gemeinden

Die Landkreise können auf Antrag kreisangehöriger Gemeinden oder auf Antrag aller Mitgliedsgemeinden einer Verwaltungsgemeinschaft bestimmen, dass diese Gemeinden Aufgaben, die den Landkreisen obliegen, durchführen.

Art. 76
Vernetzung von Krankenhäusern,
Rehabilitationseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen

(1) Die Landesverbände der Pflegekassen schließen mit den Vereinigungen der Träger von Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen gemeinsam und einheitlich eine Vereinbarung zu dem Zweck, den nahtlosen Übergang von der Krankenhaus- oder Rehabilitationsbehandlung zu einer notwendigen Pflege im Sinn des Elften Buches Sozialgesetzbuch durch eine zugelassene Pflegeeinrichtung zu regeln.

(2) ¹Die Landesverbände der Pflegekassen schließen mit den Vereinigungen der Träger der Pflegeeinrichtungen gemeinsam und einheitlich eine Vereinbarung zu dem Zweck, den nahtlosen Übergang von der Krankenhaus- oder Rehabilitationsbehandlung zu einer notwendigen Pflege im Sinn des Elften Buches Sozialgesetzbuch nach Abs. 1 und ein nahtloses Ineinandergreifen der Pflegeleistungen durch Pflegedienste, Einrichtungen der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie der vollstationären Pflegeeinrichtungen sicherzustellen. ²Dazu ist insbesondere ein geeignetes Verfahren zur Meldung freier Kapazitäten der zugelassenen Pflegeeinrichtungen an die Pflegekassen zu vereinbaren.

Art. 77
Vernetzung von Einrichtungen der medizinischen,
beruflichen und allgemeinen sozialen Rehabilitation
für körperlich, geistig und seelisch Behinderte und
Pflegeeinrichtungen

(1) Die Errichtung von stationären, teilstationären und ambulanten Einrichtungen der Akutversorgung, der Pflege

sowie der medizinischen, beruflichen und allgemeinen sozialen Rehabilitation ist aufeinander abzustimmen.

(2) Die Träger der Sozialhilfe, die Landesverbände der Pflegekassen sowie die Vereinigungen der Träger der Pflegeeinrichtungen und der Behinderteneinrichtungen haben entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Art. 78 **Zuständige Landesbehörden**

(1) Zuständige Landesbehörde nach § 76 Abs. 2 Satz 6 und Abs. 4 SGB XI sowie nach § 92 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 SGB XI ist das Staatsministerium.

(2) Zuständige Landesbehörde nach § 82 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 4 Satz 2 SGB XI ist die Regierung, in deren Bezirk die Pflegeeinrichtung ihren Sitz hat.

(3) Zuständige Landesbehörden nach § 109 Abs. 3 Satz 1 SGB XI sind die jeweils zur Hinwirkung verpflichteten kreisfreien Gemeinden, Landkreise und Bezirke.

Art. 79 **Ausführungsvorschriften**

Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu regeln:

1. die Zusammensetzung, die Höhe sowie die Bedingungen und die Voraussetzungen der Förderung von Investitionen für Pflegeeinrichtungen,
2. das Nähere zur gesonderten Berechnung nicht gedeckter betriebsnotwendiger Aufwendungen im Sinn des § 82 Abs. 2 Nrn. 1 und 3 SGB XI, insbesondere zu Art, Höhe und Laufzeit sowie die Verteilung der gesondert berechenbaren Aufwendungen auf die Pflegebedürftigen,
3. die Zuständigkeit des Staatsministeriums nach Art. 78 Abs. 1 in Verbindung mit § 92 Abs. 3 SGB XI als Geschäftsstelle des Landespflegeausschusses, auf eine andere Behörde zu übertragen.

Teil 10 **Vorschriften für den Bereich** **des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch**

- Sozialhilfe -

Art. 80 **Örtliche Träger der Sozialhilfe**

(1) ¹Örtliche Träger der Sozialhilfe sind die kreisfreien Gemeinden und die Landkreise (§ 3 Abs. 2 SGB XII). ²Die Sozialhilfe ist Aufgabe ihres eigenen Wirkungskreises.

(2) ¹Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung anzuwenden. ²Über Widersprüche im Sinn des § 83 des Sozialgerichtsgesetzes entscheiden die Regierungen.

Art. 81 **Überörtliche Träger der Sozialhilfe**

(1) Überörtliche Träger der Sozialhilfe sind die Bezirke (§ 3 Abs. 3 SGB XII); die Sozialhilfe ist Aufgabe ihres eigenen Wirkungskreises.

(2) ¹Die Rechtsaufsicht über die Bezirke als überörtliche Träger der Sozialhilfe obliegt den Regierungen, obere Rechtsaufsichtsbehörde ist das Staatsministerium des Innern. ²Art. 80 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind die Vorschriften der Bezirksordnung anzuwenden.

Art. 82 **Sachliche Zuständigkeit** **der überörtlichen Träger der Sozialhilfe**

(1) ¹Die überörtlichen Träger sind sachlich zuständig

1. für alle Hilfen, die
 - a) in stationären Einrichtungen,
 - b) in Einrichtungen zur teilstationären Betreuung gewährt werden,
2. für die Eingliederungshilfe an körperlich und geistig Behinderte und von einer solchen Behinderung Bedrohte im Sinn des § 53 Abs. 1 und 2 SGB XII, die durch Dienste der offenen Behindertenarbeit erbracht wird, deren Tätigkeit mindestens den Bereich einer Region im Sinn des Bayerischen Landesplanungsgesetzes umfasst; dies gilt nicht für Behindertenfahrdienste und Dienste der Frühförderung,
3. für die Eingliederungshilfe an seelisch Behinderte und von einer solchen Behinderung Bedrohte im Sinn des § 53 Abs. 1 und 2 SGB XII, die durch ambulante psychiatrische Betreuung erbracht wird,
4. für die Hilfe zum Besuch einer Hochschule im Rahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen,
5. für die Versorgung behinderter Menschen mit Körperersatzstücken sowie mit orthopädischen und anderen Hilfsmitteln, wenn deren Preis mindestens 180 € beträgt,
6. für Leistungen der Blindenhilfe nach § 72 SGB XII.

²Abweichend von Satz 1 sind die überörtlichen Träger für Leistungen nach dem Vierten Kapitel SGB XII nur dann zuständig, wenn der Leistungsberechtigte zugleich Hilfen in einer stationären Einrichtung nach anderen Kapiteln SGB XII erhält.

(2) ¹§ 97 Abs. 4 SGB XII gilt entsprechend, wenn im Fall des Abs. 1 Nr. 3 die Betreuung in einer therapeutischen Wohngemeinschaft oder in vergleichbar intensiv betreutem Einzelwohnen erfolgt. ²Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Art. 83**Heranziehung kreisangehöriger Gemeinden**

(1) Die kreisangehörigen Gemeinden sind verpflichtet, auf Anfordern der Landkreise bei der Feststellung und Prüfung der für die Gewährung von Sozialhilfe erforderlichen Voraussetzungen, insbesondere der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Hilfesuchenden und Hilfeempfängern, und bei der Auszahlung von Sozialhilfeleistungen mitzuwirken.

(2) ¹Die Landkreise können auf Antrag kreisangehöriger Gemeinden oder auf Antrag aller Mitgliedsgemeinden einer Verwaltungsgemeinschaft durch Verordnung bestimmen, dass diese Gemeinden Aufgaben, die den Landkreisen als örtlichen Trägern obliegen, durchführen und dabei entscheiden. ²Für die Durchführung dieser Aufgaben können die Landkreise Richtlinien erlassen; sie können auch Einzelweisungen erteilen, wenn das Wohl der Allgemeinheit oder berechnigte Ansprüche Einzelner das zwingend erfordern.

(3) Die Heranziehung einer kreisangehörigen Gemeinde nach Abs. 2 ist auf deren Antrag aufzuheben.

Art. 84**Heranziehung örtlicher Träger**

(1) Die örtlichen Träger der Sozialhilfe sind verpflichtet, auf Anfordern der überörtlichen Träger bei der Feststellung und Prüfung der für die Gewährung von Sozialhilfe erforderlichen Voraussetzungen, insbesondere der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Hilfesuchenden und Hilfeempfängern, und bei der Auszahlung von Sozialhilfeleistungen mitzuwirken.

(2) ¹Die überörtlichen Träger der Sozialhilfe können durch Verordnung bestimmen, dass die örtlichen Träger folgende den überörtlichen Trägern obliegende Aufgaben durchführen und dabei entscheiden:

1. Hilfe in Altenheimen und Hilfe in Altenwohnheimen im Sinn des Art. 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a einschließlich der Hilfe in Pflegeabteilungen von Altenheimen,
2. Hilfe in Einrichtungen zur teilstationären Betreuung mit Ausnahme der Hilfe in Werkstätten für Menschen mit Behinderung und in Tag- oder Nachtkliniken,
3. Hilfen nach dem Fünften Kapitel SGB XII mit Ausnahme der Hilfe in psychiatrischen Fachkrankenhäusern, Fachabteilungen und Spezialeinrichtungen,
4. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (§ 54 Abs. 1 Satz 2, 1. Alternative SGB XII) mit Ausnahme der Hilfe in Fachkrankenhäusern für Behinderte sowie der Hilfe in psychiatrischen Fachkrankenhäusern, Fachabteilungen und Spezialeinrichtungen,
5. ambulant zu gewährende Hilfen nach Art. 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 mit Ausnahme der Hilfe zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen,
6. Hilfe nach Art. 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2,

7. Hilfe nach Art. 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3,

8. Altenhilfe nach § 71 SGB XII,

9. Hilfen, die nach Art. 82 Abs. 2 gleichzeitig mit den vorstehend genannten Hilfen zu gewähren sind.

²Im Fall der Heranziehung nach Satz 1 gilt § 97 Abs. 4 SGB XII für den herangezogenen örtlichen Träger der Sozialhilfe entsprechend.

(3) ¹Der örtliche Träger, der nach Abs. 2 Aufgaben durchführt, hat auch den Kostenbeitrag, den Aufwendungsersatz, den Kostenersatz und den Kostenerstattungsanspruch geltend zu machen, den Übergang von Ansprüchen gegen Dritte zu bewirken und die Beträge einzuziehen, sowie gegen den Träger der Sozialhilfe gerichtete Kostenerstattungsansprüche Dritter zu befriedigen. ²Er verfährt dabei nach den Grundsätzen, die für ihn selbst gelten.

(4) Für die Durchführung der Aufgaben nach Abs. 2 können die überörtlichen Träger Richtlinien erlassen; sie können auch Einzelweisungen erteilen, wenn das Wohl der Allgemeinheit oder berechnigte Ansprüche Einzelner das zwingend erfordern.

Art. 85**Mitteilungspflicht**

(1) ¹Wird bei einer kreisangehörigen Gemeinde, in der ein Hilfesuchender sich tatsächlich aufhält, die Notwendigkeit der Gewährung von Sozialhilfe bekannt oder ein Antrag auf Sozialhilfe gestellt, so ist die Gemeinde, soweit sie nicht selbst nach Art. 83 Abs. 2 die Aufgaben durchführt, verpflichtet, die genannten Voraussetzungen dem örtlichen Träger unverzüglich mitzuteilen oder ihm den Antrag unverzüglich zuzuleiten. ²Satz 1 gilt entsprechend zwischen dem örtlichen Träger und einer kreisangehörigen Gemeinde, die Aufgaben nach Art. 83 Abs. 2 durchführt.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend für die Träger der Sozialhilfe untereinander.

Art. 86**Träger der Kosten**

(1) Die Träger der Sozialhilfe tragen die Kosten für die Sozialhilfemaßnahmen, die ihnen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder den darauf beruhenden Rechtsverordnungen, nach diesem Gesetz oder nach einer Rechtsverordnung auf Grund dieses Gesetzes obliegen.

(2) ¹Werden Aufgaben nach Art. 83 Abs. 2 von kreisangehörigen Gemeinden durchgeführt, so hat der Landkreis die aufgewendeten Kosten zu ersetzen und auf Antrag angemessene Vorschüsse zu leisten. ²Persönliche und sächliche Verwaltungskosten werden nicht erstattet.

(3) ¹Werden Aufgaben nach Art. 84 Abs. 2 bis 4 von örtlichen Trägern durchgeführt, so hat der überörtliche Träger die aufgewendeten Kosten zu ersetzen und auf Antrag angemessene Vorschüsse zu leisten. ²Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

Art. 87
Einrichtungen und Dienste

(1) Die Verpflichtungen nach § 17 Abs. 1 Nr. 2 SGB I und § 75 Abs. 2 SGB XII obliegen für Einrichtungen der Altenhilfe den örtlichen Trägern; im Übrigen obliegen diese Verpflichtungen dem Träger der Sozialhilfe, der für die Hilfe sachlich zuständig ist.

(2) Vor der Schaffung von Einrichtungen, die Rahmenverträgen im Sinn von § 79 SGB XII unterliegen und in denen Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch erbracht werden sollen, ist dem Bezirk, in dessen Bereich die Einrichtung geschaffen werden soll, rechtzeitig Gelegenheit zur gutachterlichen Äußerung zu geben.

Art. 88
**Beteiligung des Freistaates Bayern,
Erstattungsleistungen des Bundes**

(1) Der Freistaat Bayern gewährt nach Maßgabe des Finanzausgleichsgesetzes einen Ausgleich zu den Aufwendungen, die den Bezirken als überörtlichen Trägern der Sozialhilfe insgesamt erwachsen.

(2) Der Freistaat Bayern beteiligt sich nach Bestimmung des Staatshaushalts an der Förderung allgemeiner Einrichtungen der Sozialhilfe.

(3) Der Freistaat Bayern unterstützt ferner nach Bestimmung des Staatshaushalts die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Bayern bei ihren zentralen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Vollzug des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch.

(4) ¹Die an den Freistaat Bayern erbrachten Erstattungsleistungen des Bundes nach § 34 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes werden an die Träger der Sozialhilfe weiter geleitet. ²Verteilungsmaßstab ist der von den Trägern der Sozialhilfe gemeldete jeweilige Anteil an den Grundsicherungsausgaben aller Träger der Sozialhilfe im Vorjahr; Verteilungsmaßstab für die Abrechnungen des Jahres 2003 ist der jeweilige Anteil an den Grundsicherungsausgaben aller Träger der Grundsicherung im Jahr 2003. ³Die Auszahlungen erfolgen jeweils unmittelbar nach Eingang der Bundeserstattung beim Freistaat Bayern. ⁴Die auf die Sozialhilfeträger entfallenden Auszahlungsbeträge werden dem Bayerischen Landkreistag, dem Bayerischen Städtetag und dem Verband der Bayerischen Bezirke unverzüglich nach Durchführung der Berechnungen mitgeteilt; danach findet eine Korrektur nicht mehr statt. ⁵Die für das Jahr 2003 vorläufig ausgezahlten Abschlagszahlungen werden bei den Abrechnungen im Jahr 2004 berücksichtigt (Verrechnung). ⁶In den Jahren 2003 und 2004 werden die Bezirke an den Erstattungsleistungen des Bundes nicht beteiligt. ⁷Die Durchführung obliegt dem Staatsministerium oder der von ihm bestimmten Stelle.

Art. 89
**Zusammenarbeit der Träger der Sozialhilfe
mit der freien Wohlfahrtspflege**

Zur Zusammenarbeit der Träger der Sozialhilfe mit den Kirchen, den sonstigen Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege können Arbeitsgemeinschaften errichtet werden.

Art. 90
**Leistungsbescheid über Kostenbeitrag,
Aufwendungs- und Kostenersatz**

In einem Leistungsbescheid im Sinn des Art. 23 des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes, in dem regelmäßig wiederkehrende Leistungen als Kostenbeitrag, Aufwendungs- oder Kostenersatz gefordert werden, kann zugleich mit der Pfändung wegen fälliger Ansprüche auch künftig fällig werdendes Arbeitseinkommen wegen der dann jeweils fällig werdenden Ansprüche gepfändet und überwiesen werden.

Art. 91
Festsetzung des Barbetrags

Zuständige Landesbehörde für die Festsetzung der Höhe des Barbetrags nach § 35 Abs. 2 SGB XII ist das Staatsministerium.

Art. 92
Erhöhung der Einkommensgrenze

¹Das Staatsministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass für bestimmte Arten der Hilfe nach dem Fünften bis Neunten Kapitel SGB XII der Einkommensgrenze ein höherer Grundbetrag zu Grunde gelegt wird, wenn es erforderlich ist, um eine gleichmäßige und ausreichende Hilfe zu gewährleisten. ²Die Befugnisse der Träger der Sozialhilfe nach § 86 SGB XII bleiben unberührt.

Art. 93
Beteiligung sozial erfahrener Personen

§ 116 Abs. 1 und 2 SGB XII finden keine Anwendung.

Art. 94
Zuständigkeit für Petitionen

¹Die fachgesetzliche Bewertung bei der Rechtsaufsicht über die Träger der Sozialhilfe sowie die Zuständigkeit für die Überprüfung und Bearbeitung von Petitionen zur Tätigkeit der Sozialhilfeträger obliegt auf der Ebene der Staatsregierung dem Staatsministerium. ²Dieses ist befugt, die für die Aufgabenerfüllung nach Satz 1 erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben, zu verarbeiten und zu nutzen.

Teil 11
Vorschriften für den Bereich
des Strafgesetzbuchs, des Jugendgerichtsgesetzes, der
Strafprozessordnung und des Betäubungsmittelgesetzes

Art. 95
Vollzug strafgerichtlicher Entscheidungen

(1) Die Bezirke haben auf Ersuchen der Vollstreckungsbehörden die Unterbringung von Personen in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt auf Grund einer strafgerichtlichen Entscheidung nach §§ 63 und 64 des Strafgesetzbuches (StGB), §§ 126a und 453c der Strafprozessordnung (StPO), § 7 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) zu vollziehen.

(2) ¹Örtlich zuständig ist der Bezirk, in dessen Bereich der Unterzubringende seinen Wohnsitz oder mangels eines solchen seinen Aufenthalt hat; unterhält ein Bezirk eine Einrichtung für alle Bezirke oder für mehrere Bezirke gemeinsam, so ist dieser Bezirk örtlich zuständig. ²Ist der Unterzubringende behördlich verwahrt, so ist für die Zuständigkeit der Verwahrungsort maßgebend; in diesem Fall ist auf das Ersuchen des Staatsministeriums der Justiz auch der Bezirk zur Unterbringung verpflichtet, in dessen Bereich der Unterzubringende wohnt.

(3) ¹Über die Verlegung in ein anderes psychiatrisches Krankenhaus oder in eine andere Entziehungsanstalt entscheidet der Bezirk, in dem die Unterbringung vollzogen wird. ²Soll die Verlegung in ein Krankenhaus oder eine Entziehungsanstalt eines anderen Bezirks vorgenommen werden, bedarf sie der Zustimmung des aufnehmenden Bezirks. ³Die Vollstreckungsbehörde ist zu hören.

(4) ¹Die notwendigen Kosten der Überführung in das Krankenhaus oder in die Anstalt und der Unterbringung trägt der Freistaat Bayern. ²Jeder Bezirk erhält hierzu für die von ihm oder Unternehmen des Bezirks betriebenen Einrichtungen des Maßregelvollzugs einen Gesamtbetrag für einen zukünftigen Zeitraum (Budget). ³Die Kosten für notwendige Investitionen können durch Einzelzuweisung nach Maßgabe des Staatshaushalts erstattet werden. ⁴Das Staatsministerium wird ermächtigt, durch Vereinbarung mit den Bezirken oder durch Rechtsverordnung die Einzelheiten der Budgetierung sowie der Investitionskostenerstattung festzulegen.

(5) Die Fachaufsicht über den Vollzug der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt auf Grund einer strafgerichtlichen Entscheidung obliegt dem Staatsministerium.

Art. 96
Anerkennung von Beratungsstellen

¹Zuständig für die Anerkennung von Beratungsstellen im Sinn von § 203 Abs. 1 Nr. 4 StGB und im Sinn von § 53 Abs. 1 Nr. 3b StPO sind die Regierungen. ²Die Beratungsstellen werden auf Antrag anerkannt, wenn durch ihre Organisationsform und ihre personelle Besetzung eine sachgerechte Beratung und die Beachtung der Verschwiegenheits-

pflicht gewährleistet sind. ³Die Einzelheiten des Anerkennungsverfahrens kann das Staatsministerium durch Rechtsverordnung festlegen.

Art. 97
Anerkennung von Einrichtungen

(1) Einrichtungen nach § 35 Abs. 1, § 36 Abs. 1 Satz 1 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG), die dazu dienen, die Abhängigkeit zu beheben oder einer erneuten Abhängigkeit entgegenzuwirken, werden auf Antrag anerkannt, wenn

1. die Behandlung nach einem wissenschaftlich anerkanntem Konzept erfolgt,
2. die Behandlung durch Fachpersonal in ausreichender Zahl durchgeführt wird,
3. die räumlichen Voraussetzungen für die Behandlung gegeben sind,
4. die die Einrichtung leitende Person zuverlässig ist und
5. die Einrichtungen die Gewähr dafür bieten, dass sie mit den Vollstreckungsbehörden nach Maßgabe des § 35 Abs. 4 BtMG zusammenarbeiten.

(2) ¹Die staatliche Anerkennung spricht das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz aus. ²Es kann die Zuständigkeit durch Rechtsverordnung auf die Regierung übertragen. ³Die Kreisverwaltungsbehörde, in deren Gebiet eine Einrichtung anerkannt werden soll, ist vorher zu hören.

(3) Die Einzelheiten des Anerkennungsverfahrens kann das Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung regeln.

Teil 12
Vorschriften für den Bereich
des Bundesvertriebenengesetzes und der
Kriegsopferfürsorge/Bundesversorgungsgesetz

Art. 98
Zuständigkeit für den Vollzug
des Bundesvertriebenengesetzes

(1) Das Staatsministerium ist zentrale Dienststelle im Sinn des § 21 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG).

(2) Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zuständigen Stellen zum Vollzug des Bundesvertriebenengesetzes, der hierzu erlassenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und anderer Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die Eingliederungsleistungen für Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler vorsehen, zu bestimmen sowie das Zusammenwirken dieser Stellen zu regeln.

(3) Das Staatsministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Übernahme und vorläufige Unterbringung von Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen im Freistaat Bayern zu regeln.

Art. 99**Örtliche Träger der Kriegsopferfürsorge**

- (1) Örtliche Träger der Kriegsopferfürsorge nach den §§ 25 bis 27j des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) sind die kreisfreien Gemeinden und die Landkreise.
- (2) Ihnen obliegen alle Aufgaben der Kriegsopferfürsorge, soweit nicht in Art. 100 etwas anderes bestimmt ist.
- (3) Zu diesem Zweck unterhalten sie innerhalb ihrer Verwaltung Kriegsopferfürsorgestellen.
- (4) Sie führen die Kriegsopferfürsorge als eigene Aufgabe durch.

Art. 100**Überörtliche Träger der Kriegsopferfürsorge**

- (1) Der Freistaat Bayern ist überörtlicher Träger der Kriegsopferfürsorge für
1. die Hilfen nach §§ 26 und 26a BVG,
 2. die Erziehungsbeihilfen nach § 27 BVG zum Besuch von Hochschulen und Fachakademien,
 3. die Sonderfürsorge nach § 27e BVG,
 4. die Leistungen der Kriegsopferfürsorge an Berechtigte im Ausland,
 5. die Hilfen an Witwen und Waisen, wenn der Versorgungsberechtigte im Zeitpunkt des Todes erwerbsunfähig und Empfänger einer Pflegezulage mindestens nach Stufe III war.
- (2) ¹Die überörtlichen Träger der Sozialhilfe sind überörtliche Träger der Kriegsopferfürsorge für Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz an Berechtigte im Inland, soweit sie nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und dem Landesrecht für entsprechende Leistungen der Sozialhilfe zuständig sind; sie gewähren diese Leistungen im eigenen Wirkungskreis. ²Hierbei sind die für die Sozialhilfe geltenden Vorschriften über Verfahren, Zuständigkeiten und Rechtsaufsicht entsprechend anzuwenden, soweit das Bundesrecht oder dieses Gesetz nichts anderes bestimmen.
- (3) Gewährt der Staat als überörtlicher Träger der Kriegsopferfürsorge einem Sonderfürsorgeberechtigten zugunsten von Familienmitgliedern Hilfen, so bleibt er, wenn der Sonderfürsorgeberechtigte stirbt, bis zum Ende des laufenden Bewilligungsabschnitts, längstens aber für die Dauer eines Jahres, dafür zuständig.
- (4) Das Staatsministerium kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung dem Staat als überörtlichem Träger der Kriegsopferfürsorge weitere Aufgaben der Kriegsopferfürsorge zuweisen, wenn eine überörtliche Wahrnehmung dieser Aufgaben geboten ist.

Art. 101**Hauptfürsorgestelle**

- ¹Die Hauptfürsorgestelle ist beim Zentrum Bayern Familie und Soziales eingerichtet. ²Dieses nimmt die dem Freistaat

Bayern nach Art. 100 Abs. 1 und 3 obliegenden Aufgaben wahr.

Art. 102**Beirat für Kriegsopferfürsorge**

- (1) ¹Beim Zentrum Bayern Familie und Soziales wird ein Beirat für Kriegsopferfürsorge gebildet. ²Er hat die Aufgabe, in allen grundsätzlichen Fragen der Kriegsopferfürsorge beratend mitzuwirken.
- (2) ¹Dem Beirat für Kriegsopferfürsorge gehören der Leiter des Zentrums Bayern Familie und Soziales oder der von ihm Beauftragte als Vorsitzender und vier weitere Mitglieder an. ²Das Zentrum Bayern Familie und Soziales beruft auf die Dauer von vier Jahren zwei Vertreter der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, einen Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und eine sonstige sozial erfahrene Person; für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu berufen. ³Die Vertreter der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, der kommunalen Spitzenverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege und ihre Stellvertreter werden nach Vorschlägen berufen, welche ihre Vereinigungen einreichen.
- (3) ¹Beschlüsse des Beirats für Kriegsopferfürsorge bedürfen der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. ²Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (4) ¹Die Mitglieder des Beirats für Kriegsopferfürsorge sind ehrenamtlich tätig. ²Sie erhalten eine Entschädigung wie die ehrenamtlichen Richter; das gilt nicht für den Vorsitzenden.

Art. 103**Heranziehung örtlicher Träger**

- (1) Die örtlichen Träger sind verpflichtet, auf Anfordern der überörtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge bei der Feststellung und Prüfung der für die Gewährung von Kriegsopferfürsorge erforderlichen Voraussetzungen und bei der Auszahlung von Leistungen mitzuwirken.
- (2) Die Vorschriften des Sozialhilferechts über die Heranziehung örtlicher Träger gelten für die nach Art. 100 Abs. 2 zuständigen Träger entsprechend.

Art. 104**Mitteilungspflicht**

- (1) ¹Wird einer kreisangehörigen Gemeinde die Notwendigkeit von Kriegsopferfürsorge auf andere Weise als durch einen Antrag bekannt, hat sie den örtlichen Träger unverzüglich zu unterrichten. ²Wird einem örtlichen Träger die Notwendigkeit von Leistungen der Kriegsopferfürsorge bekannt, für die ein überörtlicher Träger zuständig ist, hat er diesen unverzüglich zu unterrichten.
- (2) Bevor der örtliche Träger einen Antrag an den zuständigen überörtlichen Träger weiterleitet, hat er ihn auf seine Vollständigkeit zu prüfen und, wenn nötig, auf Ergänzungen hinzuwirken.

Art. 105 Widerspruchsverfahren

(1) Vor dem Erlass des Bescheids über einen Widerspruch gegen einen Verwaltungsakt des Zentrums Bayern Familie und Soziales als Hauptfürsorgestelle hat der Beirat (Art. 102) beratend mitzuwirken, sofern dem Widerspruch nicht abgeholfen wird.

(2) Bevor ein örtlicher Träger es ablehnt, einem Widerspruch gegen einen Verwaltungsakt über Leistungen der Kriegsopferfürsorge abzuwehren, hat er bei der Prüfung nach § 72 der Verwaltungsgerichtsordnung mindestens zwei sozial erfahrene Personen aus Verbänden der Kriegsopfer beratend zu beteiligen; sie werden vom Gemeinderat oder vom Kreistag berufen.

(3) Ist gegen einen Verwaltungsakt, den der Bezirk über Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz erlassen hat, Widerspruch eingelegt, so muss unter den nach § 116 SGB XII zu Beteiligten mindestens ein Kriegsbeschädigter oder Kriegshinterbliebener sein.

(4) Hat ein nach Art. 103 Abs. 2 herangezogener örtlicher Träger entschieden und wird gegen seine Entscheidung Widerspruch eingelegt, so sind die sozial erfahrenen Personen im Sinn des Abs. 3 von dem für den Widerspruchsbescheid zuständigen überörtlichen Träger beratend zu beteiligen.

Art. 106 Kosten der Kriegsopferfürsorge

(1) Den Trägern der Kriegsopferfürsorge fallen die Kosten für diejenigen Aufgaben der Kriegsopferfürsorge zur Last, die ihnen nach dem Bundesrecht, nach diesem Gesetz oder nach einer Rechtsverordnung auf Grund dieses Gesetzes obliegen.

(2) Regelungen, nach denen der Bund Kosten trägt oder erstattet, bleiben unberührt.

(3) ¹Der Staat beteiligt sich nach Bestimmung des Staatshaushalts an der Förderung allgemeiner Einrichtungen der Kriegsopferfürsorge. ²Ferner erstattet er den örtlichen Trägern der Kriegsopferfürsorge 50 v. H. der von ihnen zu tragenden Aufwendungen für die Erholungshilfe und die Wohnungshilfe nach §§ 27b und 27c BVG.

(4) Für die Ausgaben, die nach Art. 100 Abs. 2 entstehen, gewährt der Staat einen Ausgleich nach Maßgabe des Finanzausgleichsgesetzes.

Art. 107 Anwendung des Gesetzes außerhalb der Kriegsopferfürsorge

(1) Soweit nichts anderes bestimmt ist, ist Teil 12 entsprechend anzuwenden, wenn nach anderen Gesetzen Leistungen in entsprechender Anwendung von Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge zu gewähren sind.

(2) Für Leistungen an Impfgeschädigte und Opfer von Gewalttaten sowie ihre Hinterbliebenen, die denen der Kriegsopferfürsorge nach den §§ 25 bis 27j BVG entsprechen, ist das Zentrum Bayern Familie und Soziales als Hauptfürsorgestelle zuständig.

(3) Für Aufgaben, die dem Zentrum Bayern Familie und Soziales als Hauptfürsorgestelle oder dem überörtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge nach anderen Rechtsvorschriften obliegen, gilt Art. 101 entsprechend.

Art. 108 Ausführungsvorschriften

Das Staatsministerium erlässt die zur Ausführung des Teils 12 erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Teil 13 Vorschriften für sonstige Regelungen im Sozialwesen

Art. 109 Vollzug von Vorschriften der öffentlichen Fürsorge

(1) Soweit nicht durch Bundesrecht Besonderes bestimmt ist, wird die Staatsregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zum Vollzug von Vorschriften der öffentlichen Fürsorge (Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 des Grundgesetzes) zuständigen Behörden zu bestimmen und das Verfahren zu regeln.

(2) Die Staatsregierung kann die Ermächtigung nach Abs. 1 durch Rechtsverordnung auf bestimmte Staatsministerien übertragen.

Art. 110 Kostenerstattung bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen

Die Staatsregierung wird ermächtigt, die Durchführung der Erstattung der Kosten, die den gesetzlichen Krankenkassen durch das Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen entstehen, durch Rechtsverordnung zu regeln.

Art. 111 Zuständigkeit für Aufwendererstattungs-Verordnung

Zuständige Stelle im Sinn von § 1 Abs. 3 Satz 1 der Aufwendererstattungs-Verordnung ist das Zentrum Bayern Familie und Soziales.

Teil 14 Vorschriften für den Bereich der Verbraucherinsolvenz nach der Insolvenzordnung

Art. 112 Geeignete Stellen im Verbraucherinsolvenzverfahren

¹Geeignet im Sinn von § 305 Abs. 1 Nr. 1 der Insolvenzordnung (InsO) sind nur solche Stellen, die von der nach Art. 116 Abs. 1 zuständigen Behörde als geeignet anerkannt

worden sind. ²Die Anerkennung in einem anderen Land steht der Anerkennung nach Satz 1 gleich.

Art. 113 Aufgaben

(1) Aufgabe der Stelle ist die Beratung und Vertretung von Schuldner bei der Schuldenbereinigung, insbesondere bei der außergerichtlichen Einigung mit den Gläubigern auf der Grundlage eines Plans nach den Vorschriften über das Verbraucherinsolvenzverfahren nach dem Neunten Teil InsO.

(2) Scheitert eine außergerichtliche Einigung zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern, hat die Stelle den Schuldner über die Voraussetzungen des Verbraucherinsolvenzverfahrens und des Restschuldbefreiungsverfahrens zu unterrichten und ihm eine Bescheinigung über den erfolglosen Einigungsversuch auszustellen.

(3) ¹Die Stelle unterstützt den Schuldner auf sein Verlangen bei der Erstellung der nach § 305 Abs. 1 InsO vorgeschriebenen Antragsunterlagen. ²Sie kann den Schuldner im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in dem anschließenden Verfahren vor dem Insolvenzgericht beraten und vertreten.

Art. 114 Anerkennung

¹Eine Stelle kann als geeignet anerkannt werden, wenn

1. sie von einer zuverlässigen Person geleitet wird, die auch die Zuverlässigkeit der einzelnen Mitarbeiter gewährleistet,
2. sie auf Dauer angelegt ist und Schuldnerberatung als eine ihrer Schwerpunktaufgaben betreibt,
3. in ihr mindestens eine Person mit ausreichender praktischer Erfahrung in der Schuldnerberatung tätig ist,
4. die erforderliche Rechtsberatung sichergestellt ist und
5. sie über zeitgemäße technische, organisatorische und räumliche Voraussetzungen für ordnungsgemäße Schuldnerberatung verfügt.

²Ausreichende praktische Erfahrung nach Satz 1 Nr. 3 liegt in der Regel bei zweijähriger Tätigkeit vor. ³Wer die Stelle leitet, oder eine sonstige in der Stelle tätige Person, soll über ein abgeschlossenes Studium an einer Hochschule im Bereich Wirtschaft, Sozialwesen oder Ökotrophologie, den Abschluss einer Ausbildung in einem entsprechenden Bereich an einer Vorläufereinrichtung der Fachhochschule, ein abgeschlossenes Studium an einer Fachakademie für Wirtschaft, eine abgeschlossene Ausbildung an einer Fachschule für Wirtschaft, eine abgeschlossene Ausbildung als „Bankkaufmann“ oder „Bankkauffrau“ oder eine Ausbildung im gehobenen Verwaltungs- oder Justizdienst oder eine zur Ausübung des Anwaltsberufs befähigende Ausbildung oder eine vergleichbare Ausbildung verfügen. ⁴Sofern in der Stelle niemand mit einer Ausbildung tätig ist, die zur Ausübung des Anwaltsberufs befähigt, muss die nach Satz 1

Nr. 4 erforderliche Rechtsberatung auf andere Weise sichergestellt sein, zum Beispiel durch denjenigen, der den Träger im Angestellten- oder Beamtenverhältnis in Rechtsangelegenheiten berät, oder eine Person, die zur Rechtsanwaltschaft zugelassen ist.

Art. 115 Stellen von Kommunen

¹Stellen, die von Gemeinden oder Landkreisen eingerichtet sind, können als geeignet anerkannt werden, wenn sie die Voraussetzungen des Art. 114 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 5 erfüllen. ²Art. 114 Abs. 1 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.

Art. 116 Anerkennungsverfahren

(1) Zuständig für die Anerkennung sind die Regierungen.

(2) ¹Die Anerkennung ist schriftlich zu beantragen. ²Dem Antrag sind Nachweise beizufügen, dass die in Art. 114 genannten Anerkennungsvoraussetzungen vorliegen. ³Das Staatsministerium kann das Nähere des Anerkennungsverfahrens durch Verwaltungsvorschriften regeln.

(3) ¹Die Anerkennung ist widerruflich und kann unter Auflagen erteilt werden. ²Die Stelle ist verpflichtet, die nach Abs. 1 zuständige Behörde über den Wegfall von Anerkennungsvoraussetzungen nach Art. 114 zu unterrichten. ³Die Behörde kann verlangen, dass der Nachweis des Fortbestehens der Anerkennungsvoraussetzungen geführt wird.

Teil 15 Schlussvorschriften

Art. 117 Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes

In Art. 9 Abs. 2 Satz 1 BayKiBiG wird „§ 44 SGB VIII“ durch „§ 43 SGB VIII“ ersetzt.

Art. 118 Inkrafttreten; Außerkrafttreten

(1) ¹Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. ²Mit Ablauf des 31. Dezember 2007 tritt Art. 4 außer Kraft.

(2) Mit Ablauf des 31. Dezember 2006 treten außer Kraft:

1. das Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches vom 10. August 1982 (BayRS 86-7-A), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2006 (GVBl S. 356),
2. das Gesetz zur Durchführung der Kriegsofferfürsorge (DG-KOF) vom 5. Oktober 1982 (BayRS 830-2-A), zuletzt geändert durch Art. 31 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287),
3. das Gesetz über Regelungen im Sozialwesen (RGSW) vom 23. Juli 1994 (GVBl S. 600, BayRS 2170-7-A), zuletzt geändert durch Art. 35 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287),

4. das Bayerische Kinder- und Jugendhilfegesetz (BayKJHG) vom 18. Juni 1993 (GVBl S. 392, BayRS 2162-1-A), zuletzt geändert durch Art. 30 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287),
5. das Gesetz zur Ausführung des Elften Buches (XI) Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung (AGPfleVG) vom 7. April 1995 (GVBl S. 153, BayRS 861-1-A), geändert durch Art. 9 Abs. 2 des Gesetzes vom 27. Dezember 1996 (GVBl S. 519),
6. das Gesetz zur Ausführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung (AGInsO) vom 11. Juli 1998 (GVBl S. 414, BayRS 311-2-J).

Begründung

A. Allgemeines

- Der Gesetzentwurf hat das Ziel, die bisher in zahlreichen einzelnen Gesetzen verstreuten Vorschriften zur Ausführung der Gesetze im Bereich des Sozialrechts in ein einheitliches Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) zusammen zu führen.

Die Zusammenführung dient der Deregulierung von Stammnormen und soll zugleich die Handhabung durch den Rechtsanwender vereinfachen und erleichtern.

Hierzu wird das Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuchs (AGSGB) mit zahlreichen weiteren Gesetzen im Bereich des Sozialrechts in ein einheitliches Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze verschmolzen.

Folgende Gesetze können sodann außer Kraft treten:

- Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuchs (AGSGB),
 - Gesetz zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge (DGKOF),
 - Gesetz über Regelungen im Sozialwesen (RGSW),
 - Bayerisches Kinder- und Jugendhilfegesetz (BayKJHG),
 - Gesetz zur Ausführung des Elften Buches (XI) Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung (AGPfleVG),
 - Gesetz zur Ausführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung (AGInsO).
- Ziel der Änderung der Ausführungsvorschriften zum Elften Buch (XI) Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung - ist es,
 - den Ausstieg des Staates aus der Investitionskostenförderung für Altenpflegeeinrichtungen umzusetzen,
 - einen Haushaltsvorbehalt für die Kommunen im Bereich der Altenpflege einzufügen.
 - Ziel der Änderung im Bereich des Maßregelvollzugs ist es, die Finanzierung von einem System der nachträglichen Vollkostenerstattung auf ein Budget basierendes System mit möglicher mehrjähriger Laufzeit umzustellen.

B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

- Zur Umsetzung der bundesrechtlichen Regelungen im Bereich des Sozialrechts waren die oben angeführten einzelnen Ausführungsgesetze zwingend erforderlich. Da der Gesetzentwurf im Wesentlichen – bis auf die Änderung im Bereich der Förderung der Altenpflege sowie der Reformierung des Finanzierungssystems des Maßregelvollzugs - keine inhaltlichen Änderungen der Vorschriften mit sich bringt, sondern die Verschmelzung der bisher getrennten Gesetzestexte im Vordergrund steht, ist eine Umsetzung der Ausführungsregelungen in Gesetzesform unverzichtbar.
- Zur Umsetzung des § 9 SGB XI wurde 1995 das AGPfleVG erlassen. Darin wurde die Vorhaltung der pflegerischen Infrastruktur als Pflichtaufgabe der Kommunen festgehalten, was unter anderem eine Verpflichtung zur Förderung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen von bedarfsgerechten Pflegeeinrichtungen beinhaltet. Weiter wurde die Beteiligung des Staates an der Finanzierung nach Maßgabe der im Staatshaushalt bereitgestellten Mittel vorgesehen.

Sowohl die Kommunen als auch der Freistaat Bayern haben seit Einführung des AGPfleVG erhebliche Mittel in die pflegerische Infrastruktur investiert. Mittlerweile ist im Bereich der Altenpflege sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich der Bedarf an Pflegeeinrichtungen gedeckt. Außerdem ist verstärkt zu beobachten, dass private Investoren auf den Markt drängen.

Aufgrund dieser veränderten Situation einerseits und der hohen Belastung der öffentlichen Haushalte andererseits hat der Freistaat Bayern die Grundsatzentscheidung getroffen, dass eine Beteiligung des Staates an der Finanzierung der Investitionsaufwendungen von Einrichtungen der Altenpflege in Zukunft nicht mehr erfolgt und die Kommunen im Bereich der Altenpflege nach Maßgabe der in den Kommunalhaushalten bereitgestellten Mittel fördern können.

Eine normative Umsetzung dieser Grundsatzentscheidung ist in Bezug auf den Ausstieg des Staates aus der Förderung von Investitionskosten im Bereich der Altenpflege zur Schaffung von Rechtssicherheit notwendig. Auf diese Weise ist gegenüber den Trägern der endgültige Ausstieg des Staates aus der Förderung transparent. Notwendige Vorhaben, insbesondere soweit Ersatzbauten und Renovierungen betroffen sind, werden nicht in der Hoffnung auf eine spätere Förderung hinausgeschoben.

Die Grundsatzentscheidung für einen Haushaltsvorbehalt für die Kommunen erfordert ebenfalls eine Gesetzesänderung.

- Der Maßregelvollzug im Freistaat Bayern ist nach dem bisherigen Art. 23 Abs. 1 AGSGB (künftig Art. 95 Abs. 1 AGSG) den bayerischen Bezirken übertragen und wird dort dezentral in 14 Einrichtungen, die überwiegend an allgemeinpsychiatrische Kliniken angegliedert sind, durchgeführt. Die Finanzierung des Maßregelvollzugs erfolgt bislang gemäß Art. 23 Abs. 4 AGSGB (künftig Art. 95 Abs. 4 AGSG) durch ein System der nachträglichen Vollkostenerstattung. Demnach werden alle den Bezirken als Aufgabenträgern entstehenden Aufwendungen nachträglich aus dem Staatshaushalt erstattet.

In den vergangenen Jahren sind die Belegungszahlen im bayerischen Maßregelvollzug enorm gestiegen: Seit 1996 hat sich die Zahl der psychisch kranken Straftäter auf mehr als 2.000 bis zum 31. Dezember 2005 nahezu verdoppelt, gleichzeitig haben sich die Kosten fast verdreifacht. Im Bereich des Maßregelvollzugs belaufen sich derzeit die Ansätze auf knapp 198 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2006 (hier-

von entfallen rund 175 Millionen Euro auf den laufenden Betrieb) und nehmen damit rund 10 % des gesamten Sozialhaushalts in Bayern in Anspruch.

Um die mit der anhaltenden Belegungssteigerung im Maßregelvollzug einhergehende Kostenentwicklung abzubremsen, wurden bisher durch das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen als Fachaufsichtsbehörde eine Vielzahl Kosten reduzierender Maßnahmen, wie beispielsweise Vorgaben bei der Personalbemessung, ergriffen.

Diese Praxis führt zu einem hohen Verwaltungsaufwand sowohl beim Staat als Kostenträger als auch bei den Bezirken als Aufgabenträger. Zudem birgt das System der nachträglichen Vollkostenerstattung nur unzureichende Anreize zur sparsamen Mittelbewirtschaftung seitens der Aufgabenträger. Ferner fordern die Bezirke in diesem Zusammenhang mehr Entscheidungsflexibilität. Daher ist das Finanzierungssystem grundlegend zu reformieren, wobei die Grundsätze wegen ihrer besonderen Bedeutung in Form eines Gesetzes festzulegen sind, während die Ausgestaltung im Einzelnen einer Verordnung vorbehalten bleiben kann.

C. Zu den einzelnen Vorschriften

Teil 1 Vorschriften für den Bereich des Ersten Buches Sozialgesetzbuch

- Allgemeiner Teil -

Zu Art. 1 Auskunft

Art. 1 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 1 AGSGB.

Teil 2 Vorschriften für den Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

- Grundsicherung für Arbeitsuchende -

Zu Art. 2 Zuständigkeit, Wirkungskreis, Aufsicht

Art. 2 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 7 AGSGB.

Zu Art. 3 Erstattungsleistungen des Bundes

Art. 3 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 8 AGSGB.

Zu Art. 4 Belastungsausgleich im Jahr 2006 zum Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

Art. 4 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 8a AGSGB.

Zu Art. 5 Belastungsausgleich im Jahr 2007 zum Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und zu den Leistungen an Ausländer, Aussiedler, Spätaussiedler

Art. 5 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 8b AGSGB. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Teil 3 Vorschriften für den Bereich des Vierten Buches Sozialgesetzbuch

- Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung -

Zu Art. 6 Versicherungsbehörden

Art. 6 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 3 AGSGB.

Zu Art. 7 Zuständigkeiten

Art. 7 Abs. 1 entspricht dem bisherigen Art. 4 Abs. 1 AGSGB.

Art. 7 Abs. 2 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 4 Abs. 4 Satz 1 AGSGB.

Art. 7 Abs. 3 ersetzt den bisherigen Art. 4 Abs. 5 AGSGB. Bei der Neuformulierung handelt es sich um eine Anpassung an die von § 274 Abs. 1 und 2 SGB V vorgegebene Rechtslage und an die in Bayern praktizierte Handhabung des Landesprüfungsamts für Sozialversicherung. Satz 1 regelt die Zuständigkeit des Landesprüfungsamts für Sozialversicherung für die Prüfung der genannten Einrichtungen. Er übernimmt dabei den Inhalt von § 274 Abs. 1 SGB V und gibt die bisher schon bestehende Zuständigkeit wieder. Satz 2 bestimmt, dass die Kostenaufteilung unter den Versicherungszweigen am tatsächlichen Aufwand des Landesprüfungsamtes ausgerichtet ist. Die Regelung entspricht der praktizierten Handhabung. Die Formulierung in Satz 3 bringt zum Ausdruck, dass die Kostenerstattungspflicht nach Versicherungszweigen aufgeteilt wird, d. h. keine versicherungszweigübergreifende Abrechnung erfolgt. Dies entspricht der bisher praktizierten Handhabung. Die Formulierung bzgl. der beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder passt die Wortwahl der bereits bestehenden Regelung an die des § 274 Abs. 2 SGB V an und dient der Rechtsklarheit. Satz 7 enthält die Regelung des bisherigen Satzes 6, der die Unabhängigkeit des Landesprüfungsamts für Sozialversicherung festschreibt.

Die übrigen Regelungen des bisherigen Art. 4 AGSGB werden entsprechend den Büchern des Sozialgesetzbuches an den jeweiligen Stellen in den Normtext eingegliedert.

Zu Art. 8 Mahn- und Vollstreckungsgebühren der Versicherungsträger

Art. 8 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 6 AGSGB.

Teil 4 Vorschriften für den Bereich des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

- Gesetzliche Krankenversicherung -

Zu Art. 9 Zuständigkeiten

Art. 9 entspricht dem bisherigen Art. 4 Abs. 2 AGSGB. Art. 9 Satz 2 berücksichtigt, dass der Bereich der Raumordnung nunmehr dem Ressort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zugeordnet ist. Ferner wird die Vorschrift redaktionell an das Raumordnungsgesetz angepasst.

Teil 5 Vorschriften für den Bereich des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

- Gesetzliche Rentenversicherung -

Zu Art. 10 Zuständigkeiten

Art. 10 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 4 Abs. 3 AGSGB.

Teil 6 Vorschriften für den Bereich des Siebten Buches Sozialgesetzbuch

- Gesetzliche Unfallversicherung -

Zu Art. 11 Zuständigkeiten

Art. 11 ersetzt die Regelung des bisherigen Art. 4 Abs. 4 Satz 2 AGSGB. Nach Inkrafttreten des § 129a Abs. 3 bis 5 SGB VII in der Fassung des Art. 1 des Gesetzes zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter und weiterer Personen vom 9. Dezember 2004 (BGBl I S. 3299) ist die nach Landesrecht zuständige Stelle im Sinn des § 129a Abs. 3 bis 6 SGB VII festzulegen, wenn bei gleicher Beteiligung von Bund, Ländern oder Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden das Einvernehmen über den zuständigen Unfallversicherungsträger herzustellen ist. Zugleich entfällt die Übernahme eines in selbständiger Rechtsform betriebenen Unternehmens der öffentlichen Hand aus der Zuständigkeit der jeweiligen Fachberufsgenossenschaft in die Zuständigkeit der Landwirtschaftlichen Unfallfallkasse bzw. des Gesetzlichen Unfallversicherungsverbands nach den §§ 128 Abs. 3, 129 Abs. 3 SGB VII in der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Fassung.

Da im Zuge der Privatisierung von Unternehmen der öffentlichen Hand künftig vermehrt mit solchen Zuständigkeitsfestlegungen zu rechnen ist (zumindest solange in Bayern noch drei Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand existieren), wird diese nichtministerielle Aufgabe den Oberversicherungsämtern zugewiesen, die bisher für die Übernahme privatrechtlich organisierter Unternehmen der öffentlichen Hand aus der Zuständigkeit der jeweiligen Berufsgenossenschaft in die Zuständigkeit des Unfallversicherungsträgers der öffentlichen Hand zuständig waren und deshalb über die erforderliche Erfahrung verfügen.

Teil 7 Vorschriften für den Bereich des Achten Buches Sozialgesetzbuch

**- Kinder- und Jugendhilfe -
und für weitere Regelungen des Kinder- und Jugendhilferechts**

Abschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

Zu Art. 12 Geltungsbereich

Art. 12 greift den Inhalt des bisherigen Art. 1 BayKJHG auf. Die Abs. 1 und 2 werden entsprechend der Systematik der Neugliederung dahingehend umformuliert, dass sie auf den Teil 7 dieses Gesetzes Bezug nehmen.

In Art. 12 Abs. 2 wird ein Verweis bzgl. der Kindertageseinrichtungen auf das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz aufgenommen. Der Verweis auf die Bestimmungen der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wurde auf die Träger der öffentlichen Jugendhilfe reduziert.

Durch die Verweisung auf Art. 24 wird für Kindertageseinrichtungen im Sinn des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) klarstellend die Zuständigkeit der Kreisverwaltungsbehörden für die Aufgaben nach den §§ 45 bis 48a SGB VIII

bzw. Art. 9 BayKiBiG, im Fall der Trägerschaft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise der Regierungen, geregelt. Der neu aufgenommene Verweis auf Art. 40 begründet sich durch die Erforderlichkeit einer Untersagungsmöglichkeit für nicht erlaubnispflichtige Tagespflege. Ein Verweis auf Art. 42 ist erforderlich, da dieser in Ausfüllung des Landesrechtsvorbehalts nach § 26 Satz 1 SGB VIII notwendige, ergänzende Aussagen zur Tagespflege trifft. Durch die Verweisungen auf Art. 45 Abs. 2 und 47 wird auch für Einrichtungen nach Art. 9 BayKiBiG, die nicht bereits unmittelbar über die Vorschriften des Achten Buches Sozialgesetzbuch erfasst werden, eine Auskunftspflicht für Träger und Leitung der Einrichtungen zum Vollzug der §§ 45 bis 48a SGB VIII begründet. Die Verweisung auf Art. 46 schafft die notwendige Untersagungsmöglichkeit für Kindertageseinrichtungen, die einer Erlaubnis nach § 45 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII oder Art. 9 Abs. 1 BayKiBiG bedürfen, die Einrichtung aber ohne die erforderliche Erlaubnis betreiben und ist somit zur Durchsetzung des Erlaubnisvorbehalts erforderlich. Art. 53 wird in die Verweisungskette aufgenommen, da eine vorläufige Zuständigkeitsbestimmung auch für Kindertageseinrichtungen im Sinn des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes erforderlich ist, weil die Eingliederungshilfe auch in teilstationären Einrichtungen gewährt wird. Die Einbeziehung der Konkurrenzvorschrift des Art. 64 auch für Kindertageseinrichtungen im Sinn des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes ist notwendig, da die Eingliederungshilfe auch teilstationären Einrichtungen gewährt wird. Die Aufnahme von Art. 66 in den Normtext stellt eine Folgeänderung zur Aufnahme des Art. 40 in die Kette der Ausnahmebestimmungen dar.

Zu Art. 13 Vorrang der freien Jugendhilfe

Art. 13 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 2 BayKJHG.

Zu Art. 14 Zuständigkeiten

Art. 14 entspricht hinsichtlich des Regelungsgehalts zur Jugendhilfe dem bisherigen Art. 4 Abs. 6 AGSGB. Die ebenfalls bisher in Art. 4 Abs. 6 AGSGB enthaltene Zuständigkeitsregelung zur Sozialhilfe wird getrennt und entsprechend der Systematik der Neugliederung bei den Vorschriften des Teils 10 dieses Gesetzes in Art. 94 aufgenommen.

Abschnitt 2 Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe

Unterabschnitt 1 Örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Jugendamt

Zu Art. 15 Örtliche Träger

Art. 15 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 3 BayKJHG.

Zu Art. 16 Jugendamt

Art. 16 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 4 BayKJHG.

Zu Art. 17 Jugendhilfeausschuss als beschließender Ausschuss, Vorsitz

Art. 17 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 5 BayKJHG. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes

- wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.
- Zu Art. 18 Stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
Art. 18 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 6 BayKJHG.
- Zu Art. 19 Beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
Art. 19 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 7 BayKJHG. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.
- Zu Art. 20 Aufgabe der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
Art. 20 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 8 BayKJHG.
- Zu Art. 21 Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
Art. 21 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 9 BayKJHG.
- Zu Art. 22 Amtsperiode des Jugendhilfeausschusses, Dauer der Mitgliedschaft
Art. 22 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 10 BayKJHG. Die Verweise innerhalb des Gesetzestextes werden entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.
- Zu Art. 23 Fachkräfte
Art. 23 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 11 BayKJHG.
- Unterabschnitt 2 Überörtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Zentrum Bayern Familie und Soziales, Landesjugendamt, Oberste Landesjugendbehörde
Zur Überschrift des Unterabschnitts 2
Das Zentrum Bayern Familie und Soziales wurde zum 1. August 2005 im Rahmen des Art. 30 des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung der Verwaltung (2. VerwModG) vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287) durch Einfügung eines Art. 12a BayKJHG errichtet. Bei der Gesetzesänderung des BayKJHG wurden die Worte „Zentrum Bayern Familie und Soziales“ nur im Inhaltsverzeichnis in der Überschrift zum bisherigen Abschnitt II BayKJHG eingefügt. Aus diesem Grund fehlen diese Worte in der Überschrift im bisherigen Normtext. Diese Unrichtigkeit wird durch Ergänzung der Überschrift zu Unterabschnitt 2 im Normtext korrigiert.
- Zu Art. 24 Überörtlicher Träger
Art. 24 Sätze 1 und 2 entsprechen unverändert dem bisherigen Art. 12 BayKJHG. Es wird ein neuer Satz 3 angefügt, der klarstellenden Charakter hat. Die Kreisverwaltungsbehörden bzw. die Regierungen sind für die Genehmigungsverfahren für Kindertageseinrichtungen im Sinn des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes zuständig (§§ 45 ff. SGB VIII, Art. 9 Abs. 1 BayKiBiG). Für Einrichtungen, die nicht vom Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz erfasst sind, nehmen generell die Regierungen die Aufgaben wahr (bisheriger Art. 32 Abs. 1 BayKJHG; nunmehr Art. 45).
- Zu Art. 25 Zentrum Bayern Familie und Soziales
Art. 25 entspricht dem bisherigen Art. 12a BayKJHG.
- Zu Art. 26 Landesjugendamt
Art. 26 entspricht inhaltlich dem bisherigen Art. 13 BayKJHG. Der Wortlaut des Abs. 2 Satz 1 wurde redaktionell angepasst.
- Zu Art. 27 Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses
Art. 27 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 14 BayKJHG. Die Verweise innerhalb des Gesetzestextes werden entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.
- Zu Art. 28 Amtsperiode des Landesjugendhilfeausschusses, Dauer der Mitgliedschaft
Art. 28 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 15 BayKJHG. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.
- Zu Art. 29 Oberste Landesjugendbehörden
Art. 29 Abs. 1 und 2 entsprechen dem bisherigen Art. 16 BayKJHG. Abs. 3 wird angepasst, da mit dem Zweiten Gesetz zur Überleitung von Zuständigkeiten vom 23. Dezember 1994 (GVBl S. 1047, BayRS 1102-8-S) die durch Vorschriften des bayerischen Landesrechts für das Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst begründeten Zuständigkeiten für Kindergärten, Horte und hortähnliche Einrichtungen auf das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit übergangen. Dieses Gesetz trat mit Wirkung vom 27. Oktober 1994 in Kraft. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung vom 8. Mai 2006 (LT-Drs. 15/5477) zum Vierten Gesetz zur Aufhebung von Rechtsvorschriften (4. Aufhebungsgesetz – 4. AufhG) sieht vor, das Zweite Gesetz zur Überleitung von Zuständigkeiten aufzuheben. Es bedarf deshalb einer Anpassung des Abs. 3 an die Geschäftsverteilung der Staatsregierung.
- Unterabschnitt 3 Aufgaben der kreisangehörigen Gemeinden, der Bezirke und des Bayerischen Jugendrings
- Zu Art. 30 Aufgaben der kreisangehörigen Gemeinden
Art. 30 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 17 BayKJHG. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.
- Zu Art. 31 Aufgaben der Bezirke
Art. 31 entspricht inhaltlich dem bisherigen Art. 18 BayKJHG. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst. Die Verweise auf das Achte Buch Sozialgesetzbuch in Abs. 2 werden redaktionell an die geänderte Fassung des Achten Buches Sozialgesetzbuch angepasst.
- Zu Art. 32 Bayerischer Jugendring
Art. 32 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 19 BayKJHG. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Unterabschnitt 4 Träger der freien Jugendhilfe

Zu Art. 33 Anerkennung

Art. 33 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 20 BayKJHG. Der Wortlaut der Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 Satz 1 wurde redaktionell angepasst.

Abschnitt 3 Schutz von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege

Unterabschnitt 1 Pflegeerlaubnis und Aufsicht

Zu Art. 34 Pflegeerlaubnis

Art. 34 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 21 BayKJHG.

Zu Art. 35 Versagungsgründe

Art. 35 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 22 BayKJHG.

Zu Art. 36 Rücknahme, Widerruf, Erlöschen der Pflegeerlaubnis

Art. 36 entspricht inhaltlich dem bisherigen Art. 23 BayKJHG. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst. Der Verweis auf das Achte Buch Sozialgesetzbuch wird redaktionell an die geänderte Fassung des Achten Buches Sozialgesetzbuch angepasst.

Zu Art. 37 Mitteilungspflicht

Art. 37 Abs. 1 und 2 entsprechen unverändert dem bisherigen Art. 24 Abs. 1 und 2 BayKJHG. In Abs. 3 wird die bisherige Nr. 2 gestrichen, da von einer Mitteilungspflicht aus Deregulierungsgründen abgesehen werden kann.

Zu Art. 38 Rechte des Jugendamts

Art. 38 entspricht weitgehend dem bisherigen Art. 25 BayKJHG. Der bisherige Art. 25 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 BayKJHG wird als Folge der Änderung in Art. 12 Abs. 2 aufgehoben, so dass die Nummerierung in Satz 3 insgesamt zu streichen ist. Die Verweise auf das Achte Buch Sozialgesetzbuch werden redaktionell an die geänderte Fassung des Achten Buches Sozialgesetzbuch angepasst.

Zu Art. 39 Untersagung der Pflegestellenvermittlung

Art. 39 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 26 BayKJHG.

Zu Art. 40 Untersagung der Pfllegetätigkeit

Art. 40 entspricht weitgehend dem bisherigen Art. 27 BayKJHG. Neu aufgenommen wird ein Verweis auf § 43 Abs. 1 SGB VIII, da eine Untersagungsmöglichkeit für nicht erlaubnispflichtige Tagespflege erforderlich ist. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst. Der Verweis auf das SGB VIII wird redaktionell an die geänderte Fassung des SGB VIII angepasst.

Unterabschnitt 2 Pflegevereinbarung

Zu Art. 41 Pflegevereinbarung

Art. 41 entspricht weitgehend dem bisherigen Art. 28 BayKJHG. Der bisherige Verweis in Abs. 1 auf § 23 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII wird als Folge der Änderung in Art. 12 Abs. 2 gestrichen.

Unterabschnitt 3 Finanzielle Leistungen, Zuständigkeiten

Zu Art. 42 Tagespflege

Art. 42 entspricht inhaltlich dem bisherigen Art. 29 BayKJHG. Die Verweise auf das Achte Buch Sozialgesetzbuch werden redaktionell an die geänderte Fassung des Achten Buches Sozialgesetzbuch angepasst.

Zu Art. 43 Vollzeitpflege

Art. 43 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 30 BayKJHG. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Abschnitt 4 Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen

Zu Art. 44 Rechtsverordnung

Art. 44 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 31 BayKJHG.

Zu Art. 45 Zuständigkeit für die Aufsicht

Art. 45 Abs. 1 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 32 Abs. 1 BayKJHG. Abs. 2 wird neu eingefügt und begründet die Zuständigkeit für die Entgegennahme der Meldungen nach § 47 SGB VIII im Bereich der Kinderbetreuung. Durch die veränderte Zuständigkeitsregelung in Art. 28 BayKiBiG sowie die Änderungen des Bayerischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes durch § 2 des Bayerischen Gesetzes zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindergärten, anderen Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege und zur Änderung anderer Gesetze (Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz und Änderungsgesetz) vom 8. Juli 2005 (GVBl S. 236) bedarf es einer ergänzenden Regelung.

Zu Art. 46 Untersagung des Betriebs einer Einrichtung

Art. 46 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 33 BayKJHG. Durch Aufnahme des Art. 9 BayKiBiG werden Kindertageseinrichtungen im Sinn des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes erfasst, die zwar nach den Vorschriften des Achten Buches Sozialgesetzbuch keiner Erlaubnis bedürfen, für die aber aufgrund Art. 9 BayKiBiG eine Erlaubnispflicht besteht.

Zu Art. 47 Erteilung von Auskünften

Art. 47 entspricht weitgehend unverändert dem bisherigen Art. 34 BayKJHG. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst. Durch Aufnahme des Art. 9 BayKiBiG werden Kindertageseinrichtungen im Sinn des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes erfasst, die zwar nach den Vorschriften des Achten Buches Sozialgesetzbuch keiner Erlaubnis bedürfen, für die aber aufgrund Art. 9 BayKiBiG eine Erlaubnispflicht besteht.

Zu Art. 48 Mitwirkung des Jugendamts

Art. 48 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 35 BayKJHG. Die Verweise innerhalb des Gesetzestextes werden entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

- Zu Art. 49 Festsetzung des Barbetrags
Art. 49 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 36 BayKJHG.
- Abschnitt 5 Kosten, Kostenerstattung
- Zu Art. 50 Geltendmachung des Kostenbeitrags
Art. 50 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 38 BayKJHG.
- Zu Art. 51 Kostenbeteiligung des Staates und der Bezirke
Art. 51 entspricht inhaltlich dem bisherigen Art. 39 BayKJHG. Die in Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 enthaltenen DM-Beträge werden entsprechend dem amtlichen Umrechnungskurs in Euro-Beträge umgewandelt. Die Verweise auf das Achte Buch Sozialgesetzbuch werden redaktionell an die geänderte Fassung des Achten Buches Sozialgesetzbuch angepasst.
- Zu Art. 52 Kostenerstattung
Art. 52 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 40 BayKJHG.
- Zu Art. 53 Vorläufige Leistung
Art. 53 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 41 BayKJHG. Die Verweise der Abs. 1 und 2 auf die Regelungen zur Eingliederungshilfe für Behinderte werden redaktionell angepasst.
- Abschnitt 6 Jugendschutzbestimmungen
- Zu Art. 54 Mitteilungspflicht
Art. 54 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 42 BayKJHG.
- Zu Art. 55 Aufgaben und Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz
Durch das Inkrafttreten des neuen Jugendschutzgesetzes (JuSchG) am 1. April 2003, das das bisherige Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit (JÖSchG) und das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte (GJS) ersetzt hat, wird eine Anpassung des bisherigen Art. 43 BayKJHG erforderlich.
Die Überschrift und der Verweis in Abs. 1 sind entsprechend neu zu fassen und auf das Jugendschutzgesetz zu beziehen. In Abs. 2 wird eine redaktionelle Anpassung infolge der Änderung des Zuständigkeitsbereichs des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vorgenommen.
Es wird ein neuer Abs. 3 zur Klarstellung der Regelung des Vollzugs nach § 28 JuSchG aufgenommen. In der Praxis wird bislang aufgrund der komplizierten Regelung des § 36 Abs. 1 Nr. 2a i. V. m. Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG), § 2 Abs. 2 Nr. 8 der Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht (ZuVOWiG), letztendlich mangels einer gesetzlich festgeschriebenen Zuständigkeit für den Vollzug des Jugendschutzgesetzes, in der Regel die Auffangzuständigkeit der Kreisverwaltungsbehörde bejaht. Mit einer klar definierten Zuständigkeit der Kreisverwaltungsbehörde wird die bisherige Praxis gesetzlich verankert und führt zu einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung. Der Kreisverwaltungsbehörde steht es auch nach der Neuordnung offen, die Verfahren dem Jugendamt, dem Ordnungsamt oder einer anderen Organisationseinheit zu übertragen.
- Zu Art. 56 Zusammenwirken von Polizei und Jugendamt
Art. 56 schließt an die Änderungen im Art. 55 bzgl. des Jugendschutzgesetzes an. Der Verweis in Abs. 1, der dem bisherigen Art. 44 BayKJHG entspricht, ist entsprechend neu zu fassen und auf das Jugendschutzgesetz zu beziehen.
Die Abs. 2 bis 4 des bisherigen Art. 46 BayKJHG werden dem Art. 56 angefügt, da mit der Aufnahme des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte in das neue Jugendschutzgesetz eine eigenständige Vorschrift zum Vollzug des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte überflüssig wird.
Der Wortlaut von Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 wird redaktionell dem neuen Jugendschutzgesetz angepasst. Abs. 3 wird aufgrund der erforderlichen Anpassung an das Jugendschutzgesetz neu gefasst.
- Zu Art. 57 Ausnahmen vom Jugendschutz
Art. 57 ersetzt den bisherigen Art. 45 BayKJHG. Im Jugendschutzgesetz wurde die Möglichkeit einer Ausnahmeregelung für den Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren in Gaststätten nach § 4 Abs. 4 JuSchG neu geschaffen. Durch eine Ergänzung der Regelung des bisherigen Art. 45 BayKJHG wird auch die Zuständigkeit zur Erteilung der Ausnahmegenehmigung – ebenso wie für Tanzveranstaltungen nach § 5 Abs. 3 JuSchG – den Jugendämtern übertragen.
- Abschnitt 7 Aufsicht, Zuständigkeiten
- Zu Art. 58 Fachliche Anforderungen an Urkundspersonen
Art. 58 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 47 BayKJHG.
- Zu Art. 59 Aufsicht des Vormundschaftsgerichts
Art. 59 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 48 BayKJHG.
- Zu Art. 60 Vereinsvormundschaften
Art. 60 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 49 BayKJHG.
- Zu Art. 61 Vereinsbeistandschaften
Art. 61 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 49a BayKJHG.
- Zu Art. 62 Zuständigkeit nach dem Unterhaltsvorschussgesetz
Art. 62 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 51 BayKJHG.
- Zu Art. 63 Zuständigkeit nach dem Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Art. 63 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 52 BayKJHG.
- Zu Art. 64 Zuständigkeit bei Maßnahmen für mehrfach behinderte junge Menschen und bei Maßnahmen der Frühförderung für Kinder
Art. 64 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 53 BayKJHG. Die Bezugnahmen in Abs. 1 und Abs. 2

Satz 1 auf das Bundessozialhilfegesetz werden redaktionell angepasst.

Zu Art. 65 Ermächtigungen

Art. 65 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 54 BayKJHG. Die Verweise innerhalb des Gesetzestextes werden entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Abschnitt 8 Ordnungswidrigkeiten

Zu Art. 66 Ordnungswidrigkeiten

Art. 66 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 55 BayKJHG. Die Verweise innerhalb des Gesetzestextes werden entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Teil 8 Vorschriften für den Bereich des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch

- Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz -

Zu Art. 67 Amtliche Beglaubigungen

Art. 67 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 2 AGSGB.

Teil 9 Vorschriften für den Bereich des Elften Buches Sozialgesetzbuch

- Soziale Pflegeversicherung -

Zu Art. 68 Zweck und Geltungsbereich

Art. 68 entspricht inhaltlich den bisherigen Art. 1 und 2 AGPfleVG. Die beiden Regelungsbereiche zum Gesetzeszweck und Geltungsbereich werden aus Deregulierungsgründen zusammengefasst und die Formulierungen der Abs. 1 und 3 infolge der Eingliederung in den Gesamtzusammenhang redaktionell angepasst.

Zu Art. 69 Bedarfsermittlung

Art. 69 Abs. 1 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 3 AGPfleVG. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Es wird ein neuer Abs. 2 angefügt, da es vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Zunahme der Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen notwendig ist, im Rahmen eines regionalen Gesamtkonzeptes die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen zu stärken, Bildung und Bürgerschaftliches Engagement von und für Senioren zu fördern, die Bereiche Wohnen und Wohnumfeld den Bedürfnissen älterer Menschen anzupassen, die geriatrischen, gerontopsychiatrischen, pflegerischen und hospizlichen Versorgungsangebote zu verzahnen und neue Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen zu entwickeln. Dies entspricht dem Beschluss des Bayerischen Landtages vom 11. November 2004 (LT-Drs. 15/1997) und trägt zur Erhaltung eines möglichst langen selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebens in der eigenen Häuslichkeit und zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit bei.

Zu Art. 70 Subsidiaritätsprinzip

Art. 70 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 4 AGPfleVG. Der Verweis innerhalb des

Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 71 Ambulante Einrichtungen

Art. 71 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 5 AGPfleVG.

Zu Art. 72 Teilstationäre Einrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege

Art. 72 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 6 AGPfleVG.

Zu Art. 73 Vollstationäre Einrichtungen

Art. 73 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 7 AGPfleVG.

Zu Art. 74 Förderung

In Art. 74 Abs. 1 Satz 1 wird für die Bereiche Behindertenpflege und Pflege für psychisch Kranke die bisher in Art. 8 Abs. 1 AGPfleVG enthaltene Regelung beibehalten. Es wird ein neuer Satz 2 angefügt, der den Kommunen für bedarfsgerechte Pflegeeinrichtungen im Bereich der Altenpflege einen kommunalen Haushaltsvorbehalt einräumt. Angesichts der landesweit erreichten Bedarfsdeckung sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich ist eine Förderverpflichtung im Bereich der Altenpflege für die Kommunen nicht mehr erforderlich. Die Einräumung eines Ermessens stellt kein völlig freies Ermessen im Sinn einer Willkürentscheidung dar, sondern ein rechtlich gebundenes Ermessen entsprechend den allgemeinen Grundsätzen des Verwaltungsrechts. Stellen die Kommunen weiterhin Fördermittel zur Verfügung, so muss die Förderung unter Beachtung allgemeiner Grundsätze, insbesondere in Einklang mit Art. 3 und Art. 12 des Grundgesetzes, und der zur Förderung ergangenen Rechtsprechung erfolgen. Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wurde vom Ministerrat beauftragt, Ende des Jahres 2009 einen Bericht über die Situation im stationären Pflegebereich vorzulegen. Aufgrund dieser Erkenntnisse, insbesondere über die zu erwartende private Investitionstätigkeit, kann dann entschieden werden, ob die Kommunen vollständig aus der Förderung im Bereich der Altenpflege entlassen werden können.

Der neu gefasste Art. 74 Abs. 2 regelt den Ausstieg des Staates aus der Förderung im Bereich der Altenpflege und stellt klar, dass sich der Staat in Zukunft nach Maßgabe der im Staatshaushalt bereitgestellten Mittel nur noch in den Bereichen Behindertenpflege und Pflege für psychisch Kranke an der Förderung von bedarfsgerechten teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege beteiligt.

Abs. 3 bis 5 entsprechen unverändert dem bisherigen Art. 8 Abs. 3 bis 5 AGPfleVG.

Zu Art. 75 Mitwirkung kreisangehöriger Gemeinden

Art. 75 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 9 AGPfleVG.

Zu Art. 76 Vernetzung von Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen

Art. 76 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 10 AGPflegeVG.

Zu Art. 77 Vernetzung von Einrichtungen der medizinischen, beruflichen und allgemeinen sozialen Rehabilitation für körperlich, geistig und seelisch Behinderte und Pflegeeinrichtungen

Art. 77 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 11 AGPflegeVG.

Zu Art. 78 Zuständige Landesbehörden

Art. 78 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 12 AGPflegeVG. In Abs. 1 wird eine redaktionelle Anpassung infolge der Änderung des Zuständigkeitsbereichs des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vorgenommen.

Zu Art. 79 Ausführungsvorschriften

Art. 79 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 13 Abs. 1 AGPflegeVG. Es wird eine redaktionelle Anpassung infolge der Änderung des Zuständigkeitsbereichs des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vorgenommen. Der bisherige Abs. 2, der eine Berichtspflicht der Staatsregierung bis zum Ablauf von sechs Jahren nach Inkrafttreten des AGPflegeVG vorsah, wird wegen Zeitablaufs aufgehoben.

Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Teil 10 Vorschriften für den Bereich des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

- Sozialhilfe -

Zu Art. 80 Örtliche Träger der Sozialhilfe

Art. 80 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 9 AGSGB.

Zu Art. 81 Überörtliche Träger der Sozialhilfe

Art. 81 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 10 AGSGB. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 82 Sachliche Zuständigkeit der überörtlichen Träger der Sozialhilfe

Art. 82 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 11 AGSGB.

Zu Art. 83 Heranziehung kreisangehöriger Gemeinden

Art. 83 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 12 AGSGB.

Zu Art. 84 Heranziehung örtlicher Träger

Art. 84 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 13 AGSGB. Die Verweise innerhalb des Gesetzestextes werden entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 85 Mitteilungspflicht

Art. 85 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 14 AGSGB. Die Verweise innerhalb des Ge-

setzestextes werden entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 86 Träger der Kosten

Art. 86 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 15 AGSGB. Die Verweise innerhalb des Gesetzestextes werden entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 87 Einrichtungen und Dienste

Art. 87 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 16 AGSGB.

Zu Art. 88 Beteiligung des Freistaates Bayern, Erstattungsleistungen des Bundes

Art. 88 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 17 AGSGB.

Zu Art. 89 Zusammenarbeit der Träger der Sozialhilfe mit der freien Wohlfahrtspflege

Art. 89 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 18 AGSGB.

Zu Art. 90 Leistungsbescheid über Kostenbeitrag, Aufwendungs- und Kostenersatz

Art. 90 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 19 AGSGB.

Zu Art. 91 Festsetzung des Barbetrags

Art. 91 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 20 AGSGB.

Zu Art. 92 Erhöhung der Einkommensgrenze

Art. 92 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 21 AGSGB.

Zu Art. 93 Beteiligung sozial erfahrener Personen

Art. 93 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 22 AGSGB.

Zu Art. 94 Zuständigkeit für Petitionen

Art. 94 entspricht hinsichtlich des Regelungsgehalts zur Sozialhilfe dem bisherigen Art. 4 Abs. 6 AGSGB. Die ebenfalls bisher in Art. 4 Abs. 6 AGSGB enthaltene Zuständigkeitsregelung zur Jugendhilfe wird getrennt und entsprechend der Systematik der Neugliederung bei den Vorschriften des Teils 7 dieses Gesetzes in Art. 14 aufgenommen.

Teil 11 Vorschriften für den Bereich des Strafgesetzbuchs, des Jugendgerichtsgesetzes, der Strafprozessordnung und des Betäubungsmittelgesetzes

Zu Art. 95 Vollzug strafgerichtlicher Entscheidungen

Art. 95 Abs. 1 bis 3 und 5 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 23 AGSGB.

Abs. 4 Satz 1 sieht wie bisher die grundsätzliche Ausgabenverantwortung des Freistaats Bayern für die anfallenden notwendigen Kosten im Maßregelvollzug vor. Damit eröffnet die Neufassung des Abs. 4 nicht den Anwendungsbereich des Konnexitätsprinzips gemäß Art. 83 Abs. 3 der Verfassung, da weder eine Übertragung von Aufgaben enthalten ist, noch besondere Anforderungen an die Aufgabenwahrnehmung gestellt werden.

In Abs. 4 Satz 2 wird festgelegt, dass jeder Bezirk für die Aufgabendurchführung im Voraus einen bestimmten Geldbetrag zur Aufgabenerledigung für die dort bestehenden Einrichtungen (Budget) erhält. Dies gilt unabhängig von der Rechtsform, in der die Einrichtungen des Maßregelvollzugs betrieben werden. Hierdurch erhalten die Bezirke mehr Entscheidungsflexibilität; zudem wird dadurch das erforderliche Kostenbewusstsein gestärkt. Der Staat als Kostenträger des Maßregelvollzugs erhält Planungssicherheit in finanzieller Hinsicht. Da der Investitionsbedarf bei den einzelnen Aufgabenträgern nicht regelmäßig anfällt, soll mit Abs. 4 Satz 3 dem Staat die Möglichkeit eröffnet werden, die Zuweisungen bedarfsgerecht zu steuern. Es liegt im staatlichen Ermessen, ob notwendige Investitionen durch entsprechende Berücksichtigung im Budget finanziert werden oder durch Zuweisungen.

Gemäß Abs. 4 Satz 4 werden die näheren Einzelheiten der Budgetierung und der Investitionskostenerstattung durch Vereinbarung mit den Bezirken, oder sollte diese nicht zustande kommen, durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen geregelt. In Betracht kommen dabei insbesondere die Modalitäten der Budgetermittlung, Regelungen für den Fall, dass sich die dem Budget zu Grunde liegenden Annahmen wesentlich ändern sowie der Budgetzeitraum.

Da mit der Einführung der Budgetierung wesentliche und weit reichende Regelungen der Finanzausstattung der Bezirke verbunden sind, ist - soweit Vereinbarungen mit den Bezirken nicht zustande kommen - ein gesteigertes Maß an gesetzlicher Legitimation erforderlich, so dass diese Regelungen nicht lediglich durch Verwaltungsvorschriften, sondern durch Rechtsverordnung zu treffen sind.

Zu Art. 96 Anerkennung von Beratungsstellen

Art. 96 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 1 RGSW. In Satz 3 wird eine redaktionelle Anpassung infolge der Änderung des Zuständigkeitsbereichs des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vorgenommen.

Zu Art. 97 Anerkennung von Einrichtungen

Art. 97 Abs. 1 bis 3 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 2 Abs. 1 bis 3 RGSW. In Abs. 2 und 3 wird eine redaktionelle Anpassung infolge der Änderung des Zuständigkeitsbereichs des Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vorgenommen. Der bisherige Abs. 4 wird aufgehoben, da im Zuge der Deregulierungsbestrebungen der Staatsregierung auf eine Veröffentlichung anerkenntnisrelevanter Tatbestände im Staatsanzeiger (Anerkennung, Widerruf und Rücknahme) verzichtet wird. Zukünftig tritt - im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz - an die Stelle der Veröffentlichung eine jährliche Übersendung der Liste der staatlich anerkannten Einrichtungen an das Staatsministerium der Justiz.

Teil 12 Vorschriften für den Bereich des Bundesvertriebenengesetzes und der Kriegsofopferfürsorge/Bundesversorgungsgesetz

Zu Art. 98 Zuständigkeit für den Vollzug des Bundesvertriebenengesetzes

Art. 98 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 6 RGSW. In Abs. 1 und 3 wird eine redaktionelle Anpassung infolge der Änderung des Zuständigkeitsbereichs des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vorgenommen.

Zu Art. 99 Örtliche Träger der Kriegsofopferfürsorge

Art. 99 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 1 des Gesetzes zur Durchführung der Kriegsofopferfürsorge - DG-KOF - (BayRS 830-2-A), zuletzt geändert durch Art. 31 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287, 297). Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 100 Überörtliche Träger der Kriegsofopferfürsorge

Art. 100 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 2 DG-KOF.

Zu Art. 101 Hauptfürsorgestelle

Art. 101 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 3 DG-KOF. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 102 Beirat für Kriegsofopferfürsorge

Art. 102 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 4 DG-KOF.

Zu Art. 103 Heranziehung örtlicher Träger

Art. 103 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 5 DG-KOF. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 104 Mitteilungspflicht

Art. 104 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 6 DG-KOF.

Zu Art. 105 Widerspruchsverfahren

Art. 105 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 7 DG-KOF. Die Verweise innerhalb des Gesetzestextes werden entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 106 Kosten der Kriegsofopferfürsorge

Art. 106 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 8 DG-KOF. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 107 Anwendung des Gesetzes außerhalb der Kriegsofopferfürsorge

Art. 107 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 9 DG-KOF. Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 108 Ausführungsvorschriften

Art. 108 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 10 DG-KOF.

Teil 13 Vorschriften für sonstige Regelungen im Sozialwesen

Zu Art. 109 Vollzug von Vorschriften der öffentlichen Fürsorge

Art. 109 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 3 RGSW.

Zu Art. 110 Kostenerstattung bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen

Art. 110 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 4 RGSW.

Zu Art. 111 Zuständigkeit für Aufwendererstattungs-Verordnung

Art. 111 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 5 RGSW.

Teil 14 Vorschriften für den Bereich der Verbraucherinsolvenz nach der Insolvenzordnung

Zu Art. 112 Geeignete Stellen im Verbraucherinsolvenzverfahren

Art. 112 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung – AGInsO – (BayRS 311-2-J) vom 11. Juli 1998 (GVBl S. 414). Der Verweis innerhalb des Gesetzestextes wird entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 113 Aufgaben

Art. 113 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 2 AGInsO.

Zu Art. 114 Anerkennung

Art. 114 entspricht unverändert dem bisherigen Art. 3 AGInsO.

Zu Art. 115 Stellen von Kommunen

Art. 115 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 4 AGInsO. Die Verweise innerhalb des Gesetzestextes werden entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst.

Zu Art. 116 Anerkennungsverfahren

Art. 116 entspricht inhaltlich unverändert dem bisherigen Art. 5 AGInsO. Die Verweise innerhalb des Gesetzestextes werden entsprechend der Neugliederung redaktionell angepasst. In Abs. 2 Satz 3 wird eine redaktionelle Anpassung infolge der Änderung des Zuständigkeitsbereichs des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vorgenommen.

Teil 15 Schlussvorschriften

Zu Art. 117 Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes

Art. 117 enthält eine redaktionelle Anpassung des Art. 9 Abs. 2 Satz 1 BayKiBiG betreffend den Verweis auf das Achte Buch Sozialgesetzbuch aufgrund der geänderten Fassung des Achten Buches Sozialgesetzbuch.

Zu Art. 118 Inkrafttreten; Außerkrafttreten

Art. 118 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes sowie das Außerkrafttreten der Ausführungsgesetze, die im Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze zusammengeführt werden.

Folgende Regelungen des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches, des Bayerischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Elften Buches (XI) Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung werden nicht in das Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze überführt:

– Art. 5 AGSGB „Befugnisse der Bergbehörden“

Nach Art. 5 AGSGB nahm das Oberbergamt für die der Bergaufsicht unterstehenden Betriebe die nach den Bestimmungen der gesetzlichen Unfallversicherung den höheren Verwaltungsbehörden und das Bergamt die den unteren Verwaltungsbehörden sowie den Ortspolizeibehörden zugewiesenen Aufgaben wahr. Nachdem die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung in das Siebte Buch Sozialgesetzbuch überführt wurden, bestehen im Bereich der Unfallversicherung keine Aufgabenzuweisungen mehr an die unteren und höheren Verwaltungsbehörden sowie an die Ortspolizeibehörden, so dass die Regelung des bisherigen Art. 5 AGSGB ins Leere läuft.

– Art. 37 BayKJHG „Kostenheranziehung bei Tagespflege“

Die Regelung ist aufgrund der Formulierung des § 90 SGB VIII entbehrlich.

– Art. 46 BayKJHG „Vollzug des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS)“

Das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte ist im neuen Jugendschutzgesetz mit enthalten und die oberste Landesbehörde wird nunmehr bereits durch Art. 55, der den bisherigen Art. 43 BayKJHG ersetzt, bestimmt.

– Art. 50 BayKJHG „Zuständigkeit nach dem Adoptionsvermittlungsgesetz“

Die Zuständigkeit nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Vermittlung der Annahme als Kind und über das Verbot der Vermittlung von Ersatzmüttern - Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermiG, BGBl I 2002, S. 354) wurde durch Art. 3 des Gesetzes zur Regelung von Rechtsfragen auf dem Gebiet der internationalen Adoption und zur Weiterentwicklung des Adoptionsvermittlungsrechts (BGBl I 2001, S. 2950) ausdrücklich der zentralen Adoptionsstelle des Landesjugendamts zugewiesen. Die entsprechende Bestimmung ist daher hinfällig. Weiterhin wurde § 17 AdVermiG durch das Gesetz zur Regelung von Rechtsfragen auf dem Gebiet der internationalen Adoption und zur Weiterentwicklung des Adoptionsvermittlungsrechts aufgehoben. Die entsprechende Zuständigkeitsregelung im bisherigen Art. 50 BayKJHG ist daher nicht mehr erforderlich und wird deshalb nicht in das Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze übernommen.

– Art. 14 AGPfleVG „Übergangsvorschriften“

Die Vorschrift, die zeitlich bis 1996 bzw. 1997 begrenzte Regelungen vorsah, wird wegen Zeitablaufs nicht in das Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze übernommen.